

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeilher-Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privat 40 Pfg. für die gespaltene
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 31.

Sonnabend, den 31. Juli 1909.

13. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperrungen und Lohnbewegungen. — Aus der 24. Hauptversammlung des Steinmetzmeisterverbandes. — Prüglergewerkschafter. — Der Steinarbeiterstreik in Mühlbach beendet. — Für Wahrheit und Recht. — Bekanntmachungen des Zentralvorstandes. — Korrespondenzen. — Kunstschau. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Dichtung. — Adressenänderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Hoffsteinmetzmeister Karl Schilling †. — Der 7. Kongress der christlichen Gewerkschaften. — Feuilleton: Neue Verhandlungen der sächsischen Schweiz? — Arbeiter und Ärzte. — Nach zehn Jahren. — Die Vermögensbestände der deutschen Arbeiterversicherung.

Streiks, Sperrungen und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperert sind: Schmalkalden u. Brotterode: Firma Köppler u. Wedel. — Niederlamitz: Firma Heinrich, für Steinmetzen und Pfasterer. — Köln: Baugeschäft Ferdinand Schmitz. — Osterwald: Steinmetzgeschäft Meine u. Mlemann.

Butter am Barenberge. Der Streik bei Herrn Friede ist zu unseren Gunsten beendet. Die Gemäßregelten werden wieder eingestellt, weiter gab der Firmeneinhaber die Zusicherung, bei eintretenden Differenzen jederzeit mit uns zu verhandeln.

Kaiserhammer. Die Steinmetzen und Brecher der Firma Jakob in Marktkeuthen sind am 5. Juli in den Streik getreten. Der Unternehmer will auf unsere Tarifvorlage nicht eingehen.

Hamburg I u. II. Die Meister der Sandstein- und Marmorbranche sperrten, ohne daß unsererseits der geringste Anlaß gegeben wurde, circa 130 Steinarbeiter aus. Der von beiden Kontrahenten unterzeichnete Tarif läuft laut Inhalt bis 1910. — Im Muschelkalkgebiet und im übrigen Maintale sollen Arbeitswillige angeworben werden. Die Marmorarbeiter haben ebenfalls nach Hamburg Zuzug streng fernzuhalten.

Sulzfeld (Baden). In den Mühlbacher Steinbrüchen ist der Streik erledigt. Ein Tarif, der uns nicht befriedigt, kam zum Abschluß. (Siehe Artikel.)

Sternenfels. Der Steinhauermeister Chr. Brumm in Freudenstein entließ sämtliche Steinhauer, weil sie sich weigerten, Streifarbeit für Mühlbach anzufertigen. Betroffen sind 23 Kollegen.

Gefrees. Die Firma Künzel & Schedler hat am 3. Juli 20 Pfastersteinarbeitern genötigt. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Solnhofen. Unsere Kollegen, 28 an der Zahl, traten am 1. Juli in den Streik. Die christliche Gewerkschaftspresse schwindelt ihren Lesern vor, unsere Leute leisteten Streikbrecherarbeit. Das ist erlogen. Wenn jetzt auf den Steinarbeiterverband losgeschlagen wird, so tun die christlichen Führer dies mit der Absicht, um bei einer eventuellen Niederlage die „Roten“ als Prellbock zu benutzen.

Dortmund. Wegen Lohnunterschieden legten bei den Westdeutschen Marmor- und Granitwerken die Hauer und Schleifer die Arbeit nieder. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Regenstauf. Der Streik dauert unverändert weiter. Bis auf fünf Mann sind alle anderweitig untergebracht. Herr Lochner versucht unter Vorpiegelung falscher Tatsachen Arbeitswillige anzuwerben. Das zuständige königliche Bezirksamt will das Streikpostenstehen verbieten.

Ebenstetten. Der Kampf bei der Firma Schönmann hat dadurch eine Wenderung erfahren, daß am Sonntag, den 25. Juli, eine starkbesuchte Versammlung eine Resolution annahm, den Streik zu beenden, wenn der Unternehmerverband sich verpflichtet, die fragliche Arbeitsordnung in weiteren Geschäften vorerst nicht einzuführen. Die Industriellen haben mit dem Steinarbeiterverband behufs Abänderung der beanstandeten Paragraphen in Unterhandlung zu treten.

Aus der 24. Hauptversammlung des Steinmetzmeisterverbandes.

Die Hauptversammlung des Steinmetzmeisterverbandes tagte am 8. Juni in Frankfurt a. M. Der Besuch soll recht zahlreich gewesen sein. Wenn auch seit dieser Tagung schon 7 Wochen verflossen sind, so haben wir doch Veranlassung, uns eingehend mit der Hauptversammlung zu befassen. Wir müssen uns natürlich nach dem Bericht des Unternehmerorgans, des „Deutschen Steinbildhauers“ (Nr. 30), richten. Im voraus sei gesagt, daß der offizielle Bericht diesmal weit umfassender wie sonst ist. Als Hauptpunkte standen zur Tagesordnung: Die Reorganisation des Verbandes, sowie: Die Schaffung von Normaltarifen.

Den Geschäftsbericht gab Herr Düßler. Er führte unter anderem aus:

Die Anstände und Aussperrungen seit der letzten Hauptversammlung im September v. J. bei Verbandsfirmen entfallen auf die Plätze: Breitenbeck, Metten, Freudenberg, Langensalza, Löbau, Reichenbach, Göttha, Hasserode, Striegau, Pirna, Plagwitz, Blankenburg, Drossig, Seeburg, Rannowitz sowie Breslau, Chemnitz und Leipzig. Betroffen wurden 48 Verbandsfirmen.

In einem Falle konnten Differenzen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgeber durch Eingreifen des Verbandschiedsgerichts geschlichtet und der bestehende Anstand dadurch beendet werden. Es wäre den Mitgliedern zu empfehlen, von dieser Einrichtung öfters Gebrauch zu machen.

Der Verband wird in der heutigen Versammlung ja an sich darüber zu beraten haben, welche Stellung er künftighin den Organisationen der Arbeitnehmer gegenüber einnehmen will, und werden sich dann aus diesen Beschlüssen heraus die Wege, welche künftig der Verband in dieser Richtung zu gehen hat, von selbst ergeben.

Am 28. April wandte sich die Gauleitung der Steinarbeiter-Organisation in Würzburg an unsern Verband mit dem Ersuchen, für das unterfränkische Muschelkalkrevier einen einheitlichen Lohnsatz zu schaffen.

Wir haben daraufhin in Uebereinstimmung mit den Firmen des Würzburger Reviers eine Bezirksversammlung daselbst einberufen, auf der die interessierten Geschäfte — über 30 — fast ausnahmslos vertreten waren. Es wurde beschlossen, die heutige Hauptversammlung abzuwarten, und auf Grund der heutigen Beschlüsse eventuell einen Lokalverband als Unterverband des großen Verbandes zu gründen, welcher der Tariffrage näher treten solle. Wir haben darauf der Gauleitung in Würzburg mitgeteilt, daß der Tarifangelegenheit demnächst näher getreten werden würde.

Es sind heute in Deutschland über 3000 Tarife — davon circa 300 in unserm Gewerbe — abgeschlossen worden, und bedeuten dieselben immerhin einen Wert für die Erhaltung des gewerblichen Friedens.

Bei dieser Gelegenheit will ich Veranlassung nehmen, denjenigen Mitgliedern, welche laut Beschluß der vorigen Hauptversammlung uns ihre Tarife behufs Bervollständigung unserer Tarifsammlung übersandt haben, den Dank des Verbandsvorstandes auszusprechen. Wir sind heute im Besitze fast aller Tarife, die im deutschen Steinmetzgewerbe abgeschlossen sind. Sollten einzelne Mitglieder oder Verbände ihre Tarife bisher noch nicht in Vorlage gebracht haben, so richte ich nochmals an sie die Bitte, dies baldmöglichst zu tun.

Der Herr Berichterstatter war bemüht, objektiv zu sein. Es fiel ihm auf, daß in unserm Berufe die Zahl der abgeschlossenen Tarife schon eine so hohe ist. Aber trotz dieser Tatsache wollen die Herren im Muschelkalkgebiet mit dem Tarifabschluß noch eine abwartende (!) Stellung einnehmen. Die Herren aus dem Maintale müssen aus einem sonderbaren Holze geschnitzt sein, wenn sie noch nicht wissen, ob sie einen solchen Schritt (den Abschluß eines Tarifvertrags) vollziehen sollen. Sie scheinen durch den langwierigen Streik aus dem Jahre 1906 noch nicht klug geworden zu sein.

Interessant ist die Konstatierung, daß der Unternehmer-Verbandsvorstand eine ziemliche Liebe für die Schiedsgerichtsfrage hegt. Das werden wir uns allerdings merken. Es geht daraus hervor, daß auch unternehmerseits anerkannt wird, daß ein Ventil benützt werden muß, um einen Teil der Streitigkeiten, die durch das Tarifverhältnis bedingt werden, regeln zu können. Daß ein Schiedsgericht nicht alle Differenzen, die im gewerblichen Leben auftauchen, regeln kann, ist ohne weiteres klar. Würden wir einen solchen Glauben hegen, fürwahr, wir müßten recht naiv genannt werden. Wenn sich nun aber die Unternehmer auf Schiedsgerichte einlassen, so müssen sie ebenfalls erkannt haben, daß die Schiedsrichter aus Arbeiterkreisen unparteiisch ihres Amtes walten.

Ueber die Reorganisation des Steinmetzmeisterverbandes wurde des langen und breiten debattiert. Die Berliner Zentralleitung will den Verband „schlagfertig“ machen, aber solange diverse Branchenorganisationen vorhanden sind, die mit Berlin nur in losem Zusammenhang stehen, solange ist die Macht des Gesamtverbandes eine ziemlich beschränkte. Warum? Weil nämlich die Branchenorganisationen ein weitgehendes Selbstbestimmungsrecht haben. Soll zum Beispiel allgemein ausgesperrt werden, so läßt sich das unter den jetzigen Verhältnissen nicht zentral dekretieren; in den Branchenorganisationen können auch andre Beschlüsse gefaßt werden. Die Marmorgeschäftsinhaber, die Grabsteinmetzmeister, die Monumentalfabrikanten und die Pfastersteinindustriellen bilden noch spezielle Gruppen für sich. Diese wollen sich natürlich nicht ohne weiteres beiseite schieben lassen, sie wollen ihr „Selbstbestimmungsrecht“ wahren. Die Reorganisation wurde in Frankfurt nicht endgültig vollzogen; es wurden fünf Kommissionen eingesetzt, um den Plan eingehend würdigen zu können. Die Kommissionen wurden gebildet:

1. Für Granitschleifereien: die Herren Schedler-Schwarzenbach und Lüders-Rostock, als Ersatzmann Herr Reich in Selbst.
2. Für Granitbrüche: die Herren Johann Kerber-Büchelberg, Günther-Leipzig, Wandrey-Oberstrett. Ersatzmann Herr Paesche-Breslau.
3. Für Marmor: die Herren Kröner-Riefersfelden, Stumm-Düsseldorf-Langensalza; als Ersatzmann Herr Sasse-Berlin-Steglitz.
4. Für Sandstein: Herr Hugo Arnold-Reichenbach, Herr Gesse-Berlin, Herr Würdig-Pirna, Herr Burre-

Maulbronn, als Ersatzmann Herr Bräutigam-Frankfurt am Main.

5. Für Kalkstein: Die Herren S. Retter-Eltmann, Michel-Marktbrett; als Ersatzmann Herr Eckart-Rothenburg o. L.
6. Für Steinmetzgeschäfte, Grabsteingeschäfte und Bildhauereien: Kaiser-Köln, Menning-Hannover, Bastian-Hamburg und Battler-Düsseldorf.

Zur Normaltariffrage waren zwei Referenten bestellt. Für die Marmorindustrie sprach Herr Kommerzienrat Kröner-Riefersfelden. Er führte aus:

Es handle sich zunächst darum, ob man gesonnen sei, ein allgemeines Gerippe eines Akkordlohntarifs ohne Einsetzung von Preisen für Steinmetzen und Schleifer in der Marmorbranche zu schaffen und ob es technisch möglich sei, einen solchen Tarif aufzustellen. Auch darüber müsse man sich schlüssig werden, ob es nicht angebracht erscheine, bei der etwaigen Aufstellung eines solchen Tarifs die Arbeitnehmerorganisationen hinzuzuziehen.

Durch Einführung eines Tarifgerippes sei eine gewisse Ordnung bezüglich der Berechnung der Arbeitslöhne zu erwarten. Ein solcher Tarif würde für normale Fälle eine gewisse Stabilität und Sicherheit sowohl für Arbeitgeber als auch für Arbeitnehmer dem wilden Akkord gegenüber gewähren. Das Lohnartigerippe sei so aufzustellen, daß einerseits eine für alle Fälle anwendbare gleichartige Berechnung der Flächen und Glieder eingeführt werde und andererseits die heute im Handel befindlichen Marmorarten in bestimmte Gruppen eingeteilt würden, von denen jede die Marmororte enthalten solle, welche ungefähr die gleichen Bearbeitungskosten erfordern.

Für die schwer zu bearbeitenden Marmorarten wären, ausgehend von den am leichtesten zu bearbeitenden Sorten, prozentuale Zuschläge für die Bearbeitung durch den Steinmetz oder Schleifer grundsätzlich festzustellen.

Schiedsgerichte, von Arbeitgebern und Arbeitnehmern besetzt, seien von den Unterverbänden einzurichten, um in zweifelhaften Fällen und dort, wo eine Einigung zwischen den Parteien nicht zu erzielen sei, endgültig zu entscheiden.

Redner schlägt vor, die unter Punkt 5 der Tagesordnung gewählte Kommission (Reorganisationskommission. Red. des „Steinarbeiters“) zu beauftragen, auch über das Lohnartigerippe für die Marmorbranche zu beraten und zu beschließen. Besonderen Wert lege er noch darauf, daß die Arbeitnehmer bei Ausarbeitung des Tarifs mitherangezogen werden. Die Arbeitgeber unseres Verbandes und ebenso die Arbeitnehmerverbände müßten sich verpflichten, daß Abweichungen von diesem Lohnartigerippe nicht vorkommen.

Wenn es gelungen sei, ein solches Lohnartigerippe für ganz Deutschland zu schaffen, wird es Aufgabe der Unterverbände sein, eine Einigung und eine Festsetzung über Tarifpreise herbeizuführen, wie sie für die einzelnen Bezirke notwendig werden. Diese Normaltarife sollten auch einheitliche Bestimmungen betreffen: Ueberstunden, Feiertagsarbeiten u. a. enthalten, welche sich durch prozentuale Zuschläge regeln lassen. Die Arbeitszeit wäre den örtlichen Verhältnissen anzupassen. Die Einführung eines Tarifs im gedachten Sinne würde dann auch auf die Gestaltung der Verkaufspreise ihre Wirkung nicht verfehlen. Redner beantragt, über folgende Punkte Beschluß zu fassen:

1. Abfassung eines Gerippes für Akkordlohntarife der Marmorbranche, ausgearbeitet durch eine Kommission.
2. Beschluß darüber, daß über dieses von der Kommission festgesetzte Lohnartigerippe von Seiten des Vorstands des Verbandes mit den Vorständen der Verbände der Arbeitnehmer verhandelt wird und gegenseitig eine Einigung anzustreben ist.

Redner bemerkt noch, daß die Verwirklichung der Lohnartiffrage sich nur ermöglichen lasse, wenn der Organisationsplan nach Unterverbänden auch tatsächlich zustande kommt, damit nicht eine Reihe von Firmen nachher abseits bleibe, und sich den Bestrebungen des Verbandes mit Erfolg widersetze.

Für die Granitindustrie sprach Herr Schedler-Schwarzenbach. Er führte folgendes aus:

Nachdem der Herr Vorredner schon allgemeine Gesichtspunkte ausgeführt hat, kann ich ohne Einleitung auf mein Thema eingehen. Seit länger als einem Jahrzehnt habe ich mir keine Gelegenheit entgehen lassen, die Notwendigkeit einer Vereinheitlichung auf dem Gebiete des Lohnartifwesens zu betonen. Und nachdem wir in unserm Lokalverbande im Fichtelgebirge ganz unverkennbare Erfolge erzielt haben mit unserm gemeinsamen Tarif, so bin ich in meinen Ansichten von Jahr zu Jahr bestärkt worden.

Dabei drängt sich mir das Gefühl auf, als ob mich mancher von Ihnen fragen wollte: Worin besteht denn eigentlich der praktische Wert eines Lohnartifs? Was habe ich davon? — Werde ich dabei nicht zum Nutzen anderer mit althergebrachten und seither lieb gewesenen Dingen aufräumen müssen?

Zweifellos liegen diese Fragen sehr nahe, und ich kann Ihnen versichern, daß mir diese Zweifel sehr oft begegnet sind. Allein ich kann Ihnen auch sagen, daß diejenigen, die in der Tariffrage entschlossen mit uns gegangen sind, auch erkannt haben, daß vieles wirklich besser geworden ist, und mir oft versicherten: Wir möchten den Tarif nie mehr vermissen, am allerwichtigsten in seiner heutigen Gestalt.

Gewisse Mängel sind noch immer vorhanden, das gebe ich hier ganz offen zu. Der größte Mangel ist aber zweifellos das Fehlen eines größeren Zusammenschlusses der Schleifereien. Wir 9 Firmen im Fichtelgebirge bilden zwar einen kräftigen Damm gegen unberechtigte Forderungen an uns. Aber noch viel besser könnte es sein, wenn sich alle deutschen Schleifereien zusammenschließen würden auf der Grundlage eines einheitlichen Lohnartifs. Einen absolut vollkommenen Lohnartif werden wir allerdings nie erreichen, darüber wollen wir uns klar sein. Namentlich werden Herzenswünsche einzelner hier und da unerfüllt bleiben müssen, das geht bei jeder Vereinheitlichung nicht anders. Wenn ich aber aus meiner Erfahrung heraus über den praktischen Wert eines einheitlichen Lohnartifs sprechen soll, so kann ich Ihnen 3 Hauptpunkte nennen:

1. Die Ermittlung einer gerechten Lohnhöhe ist ohne Lohnartif gar nicht möglich, und wenn ich nicht gegenüber

meinen Fachgenossen im Nachteil sein will, muß für jeden der Tarif auf der gleichen Basis bestehen.

2. Nach einem gut ausgearbeiteten Lohnvertrag ist der Verkehr mit den Arbeitern ein viel besserer. Den Kaufereien der Leute einerseits und den unkollegialen Forderungen einzelner Firmen andererseits wird durch Einheitstarife der Boden entzogen.

3. Den weitaus segensreichsten Einfluß wird aber ein einheitlicher Tarif ganz unzweifelhaft auf die Verkaufspreise ausüben.

Zu diesen 3 Punkten will ich kurz nur folgendes bemerken: Tarife gibt es in Mengen, und auch bei uns im Fichtelgebirge erklärte vor Einführung der Tarifvereinigung jeder: „Seither schon stramm nach Tarif bezahlt zu haben“, und doch gab es immer wieder Streitereien mit den Arbeitern einerseits und haarsträubende Preisdifferenzen andererseits. Und warum? — Der eine hatte eben die Sache so, der andre anders aufgefaßt — jeder trieb eben Eigenbrödel und schließlich kam er durch schlechte Verkaufspreise und Arbeiterunruhen doch zu Schanden. Nur dann, wenn jede deutsche Schleiferei weiß, so muß ich rechnen und meine Konkurrenz auch, und wenn jeder Steinmeh- und Schleifer dieser Betriebe weiß, daß er hier ebenso bezahlt wird wie dort, nur dann kann jene Ordnung geschaffen werden, die uns so bitter tut. Ein ordentlich aufgestellter Tarif regelt die Lohnberechnungen und Lohnzahlung. Ein einheitlicher, auf gleicher Grundlage aufgebauter Tarif, der nur durch die örtlichen Verhältnisse verschoben hoch bezahlt wird, kann aber auch weitere größere Aufgaben lösen, eine Tatfrage, die leider viel zu wenig beachtet wird. Der einheitliche Tarif wird und muß bei richtiger, solidarischer Durchführung stabilere Arbeitsverhältnisse schaffen.

Ferner wird er den Lohnkämpfen seine Festigkeit und lange Dauer nehmen, weil der geschlossene Markt einerseits eine solche andererseits gegenübersteht. Last not least aber wird ein derartiger Tarif einen überaus segensreichen Einfluß auf die Verkaufspreise ausüben. Es gibt kaum noch eine industrielle Unternehmerrgruppe, in deren Verkaufspreisen eine solche Zersplitterung herrscht als unter den deutschen Granitschleifereien. Denjenigen Herren aber, die unsere Produkte kaufen, kann ich zur Beruhigung sagen, daß es sich bei alledem nicht etwa um eine plötzliche Preissteigerung handeln kann, sondern nur eine Preisregelung soll zunächst angestrebt werden. Ihnen kann es ja nur recht sein, daß ihr Nachbar, der vielleicht noch weniger gesunden Grundsätzen handelt, nicht doch irgendwo einen Schleuderlieferanten aufgabelt. Ihnen darf darum nicht gruselig werden, denn auch auf diesem Gebiete wachsen die Bäume nicht in den Himmel.

Bei der Verfolgung des vorgestelltem Zieles wären meines Erachtens folgende Punkte in erster Linie zu beachten:

Bei der Verallgemeinerung von Lohnverträgen sind besonders in der Lohnzahlung gewisse Verschiedenheiten in den einzelnen Orten oder Bezirken zu berücksichtigen. Wir müssen uns daher beim Einheitstarif in der Hauptsache auf Fundamentalarbeiten in der Gliederzahlung, Zuschlagssätzen und Flächenberechnung beschränken.

Wir können allenfalls an die Aufstellung von Mindestsätzen denken, welche für die Bezirke je nach den örtlichen Verhältnissen prozentual erhöht werden können. Wir dürfen aber diese Arbeit nicht, wie es bei unserm Fichtelgebirgsverband der Fall war, durch einzelne beteiligte Firmen machen lassen. Die Ausarbeitung des Tarifs müßte von neutralen, sachmännischer Seite erfolgen.

Bezüglich des Granits kann ich auf Grund meiner Erfahrungen und Aeußerungen der Fach- und Arbeiterpresse den Fichtelgebirgsstarif als den zurzeit vollkommensten bezeichnen.

Ich würde daher empfehlen, von Zeit zu Zeit eine Kommission für die Granitindustrie in Hof abzusetzen, dessen zentrale Lage in Deutschland auch ganz geeignet ist, damit sich die tarifkundigen Kollegen aus dem Fichtelgebirge zur Sache äußern können.

Es wäre unangemessen und verfehlt, heute noch weiter auf Einzelheiten einzugehen. Es hieße der zu wählenden Kommission vorgreifen. Ich kann daher schließen mit dem eindringlichen Appell an alle beteiligten Mitglieder: die Sache energisch in die Hand zu nehmen und jede Eigenbrödelerei beiseite zu lassen. Wollen wir uns zusammenschließen zu einer starken Macht und in kollegialer Weise zusammenarbeiten zum Wohle der deutschen Granitindustrie!

Man wird den beiden Referenten zugestehen müssen, daß sie sich mit dem Thema sehr eingehend vertraut gemacht haben. Die Herren Röner und Schedler sind ja mit ihren Schlussfolgerungen zu gleichen Resultaten gekommen, so daß wir ohne weiteres sagen können, die Normaltarife für die drei Hauptgruppen: Sandstein, Granit und Marmorbranche, werden ohne Zweifel kommen. Recht bemerkenswert ist, daß hauptsächlich von Süddeutschland aus dieser Punkt so eingehend ventiliert wurde. Die beiden Referenten leiten in Bayern große Betriebe, sie haben mit den Tarifen bisher nur die wichtigsten Erfahrungen gemacht. An der Debatte beteiligten sich namhafte Industrielle, so Paeschke-Breslau, Dittmer-Berlin, Burrer-Maulbronn, Treutle-Kürnberg, G. Arnold-Keißenhausen, Schühe-Brohl, Hempel- und Spigbarth-Dresden, und endlich stellte auch der unvermeidliche Herr Günther-Leipzig sein Licht ebenfalls nicht unter den Scheffel. — Besonders hat Herr Röner richtig erfaßt, daß bei der Tarifausarbeitung die Vertreter der organisierten Arbeiter zugezogen werden sollen. Ganz unsere Meinung. Es gibt im Unternehmerlager noch Leute, die meinen, mit dem Steinarbeiterverband dürfe kein engerer Kontakt gepflogen werden. Aber die rauhe Wirklichkeit, die Machtstellung unseres Verbands, wird solche Illusionen immer mehr zu schanden machen. — Herr Röner sprach allerdings von Arbeiterunternehmerrorganisationen. Er will, wahrscheinlich weil in seinem Betriebe die „Hilfsarbeiter“ christlich organisiert sind, auch diesen ein Mandat verschaffen. Wir haben dagegen nichts einzuwenden. Wir sind nicht so illoyal, wie die schwarzen Herren in Solnhofen. Herr Oswald der Sattler, Herr Wagner der Porzellaner und Herr Schwarz, der dem graphischen Gewerbe angehört, diese Leute können unsern Funktionen in Tariffragen allerdings das Wasser nicht reichen. Unsere Verbandsleitung wird dafür Sorge tragen müssen, daß ihr die Verhandlungen nicht überrascht kommen. Wir wollen nicht allzu rosig in die Zukunft sehen; aber jetzt scheint die Anregung, die der erste Steinarbeiterkongress 1884 zu Halle gab, Schaffung von Normaltarifen, doch wirklich greifbare Gestalt annehmen zu wollen. Unsere Kollegen dürfen nun nicht denken, daß ihnen die gebratenen Tauben in den Mund fliegen und der Normaltarif über Nacht erreicht sein wird. So schnell werden Probleme von so einschneidender Art nicht durchgeführt.

Weiter sei bemerkt, daß für die Granitindustrie drei Normaltarife zu schaffen sind, und zwar für die Steinmeh- und Brecher, für die Bauarbeit herstellenden, für Steinmeh- und Schleifer der Grabsteinbranche und für die Pflastersteinarbeiter. Es wird einleuchten, daß zum Beispiel der jetzige Bezirkstarif des Fichtelgebirges, der nur

Monumentalarbeiten umfaßt, für die Kollegen in der Demitz und Striegauer Gegend ohne jeden praktischen Wert sein wird. Aber wir meinen, wenn für die präzisen Arbeiten der Fichtelgebirgsindustrie ein umfangreicher Tarif geschaffen werden konnte, so wird das auch für die übrige Haussteinindustrie der Fall sein können.

In der Sandsteinbranche haben wir eine Reihe gut spezifizierter Tarife. Hier etwas Einheitliches zu finden, ist wahrhaftig nicht schwer. Allerdings, der sogenannte Biebermeierstil ist bisher unsern Wissens in keinem Tarif berücksichtigt. Auch für die Marmorindustrie haben wir ganz brauchbare Tarifvorbilder. Unsere Leser dürfen nicht denken, daß solche Normaltarife etwas ganz Neues, Umstürzendes darstellen werden. Sie werden allerdings umfangreicher und präziser sein, wie die jetzigen Lokaltarife. Weiter ist von großem Wert, daß eine Einheitlichkeit für größere Distrikte, ja fürs ganze Reich maßgebend sein wird.

Die Schlichtsgerichte können sich erst dann richtig entwickeln, wenn größere Tarifbezirke geschaffen sind. Einheitstarife bedingen weiter, daß auf zentraler Grundlage verhandelt wird. Dies ist ein Kapitel für sich, welches wir gelegentlich behandeln werden. Weiter kommt noch hinzu, daß auch die gleichzeitigen Ablaufstermine eine gewichtige Rolle spielen werden. Mit diesem Trumpf paradiere ich auch die Steinmehmeister schon längst. In dieser Hinsicht wird im Baugewerbe im nächsten Frühjahr die erste Probe abgelegt werden. Ob sich die Baugewaltigen nicht — verspekuliert haben?

Zweifellos bedeutet die Frankfurter Tagung einen Wendepunkt in der Tarifpolitik des Steinmehmeisterverbands. Wir wollen das gern anerkennen. In der Steinindustrie sind neben dem Buchdruckgewerbe schon die ersten Tarife eingeführt worden, die zentrale Regelung aber lehnten die Unternehmer aus nichtigen Gründen ab. Hoffentlich wird jetzt ganze Arbeit geleistet. Auch unsere Unternehmer müssen begreifen lernen, daß alles fließt, und doch alles im Werden, im Aufbau begriffen ist.

Prügelgewerkschafter.

Und willst du nicht mein Bruder sein,
So schlag ich dir den Schädel ein!

Als vor etwa 2½ Jahren der verflozene Kanzler Fürst Bülow im Reichstage obiges Epigramm gegenüber der Sozialdemokratie gebrauchte, da heulte die christliche Gewerkschaftspresse, indem sie schrieb: Bülow hat recht. Und keine Nummer der christlichen Gewerkschaftspresse ging ins Land, wo nicht der Terrorismus der Zentralverbände grell beleuchtet wurde. Beim jetzigen Kampf im Solnhofener Lithographiesteingegebiet zeigen nun die schwarzen Gewerkschaftler, wie sie es verstehen, Terrorismus zu üben. Die christlichen Führer wollen diejenigen, welche sich ihrer Gewerkschaftsrichtung nicht verschreiben, in notorischer Weise verprügeln lassen. Eine solche Methode zu propagieren, steht den Herren wirklich famos an, nachdem sie schon so oft über die angebliche Indulgenz anderer räsonniert haben.

In der „Gewerkschaftsstimme“, Nr. 29 vom 22. Juli 1909, schreiben die Prügelgewerkschafter folgendes:

In einem Betriebe hat es der Arbeitgeber verstanden, durch schöne Worte und Versprechungen seine Arbeiter von der Organisation fernzuhalten. Doch auf schöne Worte folgen gewöhnlich auch die Taten. In ihrer — Dummheit haben diese Kollegen den reduzierten Lohnvertrag einzeln unterschrieben, und am letzten Zahlungstag mußten sie mit 4—6 Mk. weniger Wochenlohn nach Hause wandern. Doch für solche Leute ist auch dieser Lohn noch zu gut.

Um solche Elemente zur Vernunft zu bringen, wäre es am besten, wenn sie jeden Tag nach Arbeitsluß statt Lohn 25 auf einen edlen Körperheil aufgezählt bekämen.

Etwas so Rohes haben wir bisher noch nicht gelesen. Die Herren Oswald, Tremmel und Geis, lechterer ist der verantwortliche Redakteur, predigen nun in aller Gemütslichkeit die Prügelstrafe für die — Unorganisierten, resp. die Abtrünnigen. Die Unorganisierten sind ebenso Christen wie Oswald und seine Freunde. Im 13. Kapitel, 12. Vers des Korinther-Briefes, sagt Paulus liebevoll:

Grüßet euch untereinander mit dem heiligen Kuß. Es grüßen euch alle Heiligen.

Oswald will seine Liebe den christlichen Brüdern gegenüber nicht mit dem Kuße, sondern mit der — Rute betätigen. Das ist eine sonderbare christliche Gewerkschaftsaufklärung, die im Hilfsarbeiterverband gelehrt wird. Wer so etwas schreibt, muß selbst gern prügeln. Wie wäre es denn, wenn sich zur Probe die Herren Oswald, Tremmel und Geis selbst einer Prügeltortur unterwerfen wollten? Herr Dr. Dertel, der sich für die Prügelstrafe so begeistert, würde sicherlich die Abstrafung vornehmen. Allerdings sei hinzugefügt, daß wir einer solchen Exekution nicht einmal zusehen möchten, und zwar aus Gründen der Sitte und der Moral. Wer Unorganisierten und Fahnenflüchtigen Prügel anbietet, der geht schließlich auch so weit, daß er Gesinnungsfreunde, welche bei dieser oder jener Sache opponieren, am liebsten auch verprügeln möchte. Von der Anstiftung bis zur Vollendung einer Tat ist, juristisch ausgedrückt, nur ein kurzer Weg.

Hätten wir im „Steinarbeiter“ einer solchen barbarischen Prügelprozedur das Wort geredet, die christliche Gewerkschaftspresse hätte Bandwürmer losgelassen und uns der Propaganda des unerhörtesten Terrorismus beschuldigt. Wir sind begierig, ob die übrige schwarze Gewerkschaftspresse die neue „Aufklärungsarbeit“ des Landtagsabgeordneten Oswald akzeptiert. Die christlichen Führer müssen mit ihrer Taktik in Solnhofen vollkommen auf dem toten Punkt angelangt sein, wenn sie mit so schäbigen Mitteln arbeiten müssen. Gewiß mag es schmerzhaft sein, wenn bei einem Kampfe Abtrünnige zu verzeichnen sind, das ist uns ja auch schon öfter passiert, aber niemals ist uns deshalb eingefallen, die Prügelstrafe als das wirksamste Erziehungsmittel zu predigen. Hier kann nur die „geistige Aufklärungsarbeit“, der Hinweis auf den Klassenkampf, die Betonung von der Macht des Kapitals

usw., nutzbringend unter den Indifferenten wirken. Oswald, Tremmel und Geis handeln wirklich nach dem Sprüchwort:

Und willst du nicht mein Bruder sein,
So schlag ich dir den Schädel ein!

Diese Rohheit haben die Christlichen in Solnhofen schwarz auf weiß empfohlen, da gibts kein Drehen und Deuteln mehr.

Und diese Herren sollen auf ihre Prügelpädagogik noch öfter aufmerksam gemacht werden, dafür soll Sorge getragen werden. —

Die „Gewerkschaftsstimme“ hat in den letzten Wochen immer wieder betont, unsere Kollegen hätten Streikarbeit geleistet. Das ist natürlich eine blanke Lüge. Bereits am 16. Juni wurde beschlossen, daß ab 1. Juli die Arbeit eingestellt wird. An diesem Termin traten unsere Kollegen ohne weiteres in den Streik. Aber den christlichen Mitgliedern mußte immer vorsabuliert werden, daß unsere Mitglieder Streikbrecherdienste leisteten, damit sie ihre Getreuen in Ekstase bringen konnte. Den christlichen Führern haben wir ihre an Schuftigkeit grenzende Tat natürlich etwas derb angekreidet, und so kommt das christliche Blatt förmlich in Wut. In der „Gewerkschaftsstimme“, Nr. 29, heißt es noch:

Doch mit dem begangenen Arbeiterverrat sind die Herren noch nicht zufrieden, sie fügen dem noch einen neuen hinzu. Gemeiner und niederträchtiger kann man keinen Arbeiterverrat begehen, als wenn man während eines Kampfes, wie der in Solnhofen, die Arbeiter gegen die Führer aufhetzt. Auf diese Schurkerei näher einzugehen, behalten wir uns noch vor, bis die Bewegung vorüber ist.

Wenn die christlichen Führer am Schlusse eine Abrechnung mit uns vornehmen wollen, gut, wir stehen zu Diensten. Was in der zitierten Stelle, welche der „Gewerkschaftsstimme“ entnommen ist, steht, muß als großer Schwindel gekennzeichnet werden. Erst nachdem von jener Seite immer wieder versucht wurde, unsere Solnhofener Kollegen moralisch abzuschlachten, da allerdings sind wir den christlichen Führern in die Parade gefahren. Wir wären feig gewesen, hätten wir anders gehandelt. Und jetzt stellen sich jene Herren als die unschuldigen Lämmer hin, die niemanden etwas zuleide tun können. Das kann sich Oswald und sein Anhang merken, daß wir uns aus Solnhofen nicht hinauswerfen lassen. Unsere Kollegen werden mit den christlichen Steinarbeitern Schulter an Schulter kämpfen, um die Abzüge der Unternehmer zurückzuweisen. Davon lassen wir uns nicht abbringen, wenn uns auch die wackelnden Zentrumsleute noch so schädel bekämpfen. — Eine Vertretung haben uns die Christlichen nicht zugestanden, wahrscheinlich fürchteten sie, daß unsere Funktionen, weil sie alle gelernte Steinarbeiter sind, zu sachverständig sein würden.

Das scheinen die Herren Oswald und Tremmel, die in der Steinindustrie noch keine Stunde beschäftigt waren, besonders gefürchtet zu haben. Die Christlichen mußten ja herzlich froh sein, wenn bei den Unterhandlungen „wirkliche“ Fachleute zugegen waren, die die Arbeiterinteressen vertreten könnten. Gewiß hatten die Christlichen in ihrer Kommission Steinarbeiter, aber jeder Praktiker weiß, daß diese Kameraden gegenüber gewiegten und technisch geschulten Unternehmern von vornherein einen schweren Stand haben. In entscheidenden Fragen sollen die Führer sachverständig eingreifen, was sollen aber Oswald und Tremmel sagen können. Man wird mit der Achsel zucken, und die Arbeiter werden verächtlich denken, die haben ja von der Steinindustrie keine Ahnung. —

Unsere Solnhofener Kollegen ersuchen uns um Aufnahme folgender Zeilen:

„In Nr. 29 der „Gewerkschaftsstimme“ versucht Herr Tremmel in seinem Bericht über die Versammlung auf dem Becken Keller in Pappenheim, es so hinzustellen, als ob unsererseits nicht gegen seine Resolution gestimmt worden wäre. Fest steht, daß für die christliche Resolution die Mehrheit der Versammlung stimmte, welche eben die Getreuen des Herrn Tremmel bildeten. Wurden doch von diesem alle Kräfte aufgeboten, um ja die Majorität für diese Versammlung zu gewinnen. Eine Freiheit ist es jedoch von einem Tremmel, der bei Abstimmung über die zweite Resolution seine Leute kommandierte, für diese zu stimmen. Herr Tremmel erinnert sich doch noch, daß er rief: „Hur hoch, hoch!“, dabei aufstehend und die Hand himmelhoch haltend. Und dieser Demagoge, der anscheinend über Leben und Tod seiner Jünger befiehlt, fasselt von von einem „freien“ Entscheid christlicher Arbeiter! Noch toller wird die Geschichte, wenn Tremmel schreibt, daß ein Sohn eines „wackelnden Genossen“ unter das Fuhrwerk kam, weil er „Streikbrecher“ war. Weiß denn Tremmel nicht, daß die Frauen seiner Kollegen von dem Tage der Aussperrung an zu arbeiten angingen! Es waren die Frauen wackelnder „Tremmelianer“, welche dieses taten.

Am 18. Juli tagte in Langenalthem eine öffentliche Versammlung, in welcher Kollege Boehm zu dem Entwürfsrummel der Christlichen Stellung nahm.

Bezeichnend ist, daß die christlichen Kollegen erklärten, an den Schmähartikeln der „Gewerkschaftsstimme“ unschuldig zu sein und diese selbst sehr scharf verteilten. Kollege Lohse führte aus, wie er in Würnsheim behandelt wurde und wie Tremmel dort zu ihm öffentlich sagte: „Unsere Leute könnten tun, was sie wollen, wir beeinflussen die Bewegung nicht!“

Der Steinarbeiterstreik in Mühlbach beendet.

In einer am 16. Juli abgehaltenen Versammlung wurde der Streik durch Annahme eines Tarifvertrages beendet. Der abgeschlossene Vertrag enthält nichts, was uns nur im geringsten unseren gehegten Wünschen näher gebracht hätte. Nur allein taktische Erwägungen waren es, die uns zwingen, den Kampf abzubrechen, nachdem die Mitglieder des Gewerkschaftsvereins geschlossen für den „Muttervertrag“ gestimmt hatten. Wenn im allgemeinen Tarifverträge weit entfernt davon sind, den ihnen beigelegten Namen „Gewerkschafts-Friedensdokumente“ zu verdienen, so ist der abgeschlossene Vertrag eben

eine scharfe Kriegserklärung zu nennen. Niemals wäre ein Vertrag, der „Höchstlöhn“ vorsieht, unferseits anerkannt worden, wenn nicht im Weigerungsfalle mit der Aussperrung unserer sämtlichen Mitglieder gedroht worden wäre. Die im Vertrag festgelegten Bestimmungen sind alles andere als „billig“ im Sinne der Bestimmungen über die Vergütung karlsruher städtischer Arbeiter. Die Zukunft wird uns Gelegenheit bieten, festzustellen, inwieweit seitens der Unternehmer versucht werden wird, geordnete Zustände in den Betrieben einzuführen. Die durch den Tarifvertrag gebotene Garantie ist eine äußerst minimale. Der Zentralverband wird auf dem Posten sein und die Interessen seiner Mitglieder zu wahren wissen.

In der letzten, dem Vertragsabschluss vorangegangenen Verhandlung wiederholten sich die Vorgänge von früher.

Die Unternehmer waren zu einer Verhandlung bereit, aber Einwendungen seitens der Arbeitervertreter waren nicht beliebt. Wohl 3 oder 4 mal warf der Vorsitzende der Unternehmervereinigung die Akten auf den Tisch mit der Erklärung nicht mehr weiter zu verhandeln. Wir konnten uns des Eindrucks nicht erwehren, daß man sich die redlichste Mühe gab, die Verhandlungen zum Scheitern zu bringen. Es bedurfte der ganzen Kaltblütigkeit der Arbeitervertreter, um einen Konflikt zu verhindern. Wenn dies gelang, so war es wahrlich nicht das Verdienst des Herrn Vorsitzenden.

Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, wie von Seiten der Unternehmer alle möglichen Versuche unternommen wurden, um Uneinigkeit unter die Arbeiterschaft zu tragen und nahmen dabei Bezug auf die gegen den Gauleiter des Zentralverbandes erhobenen Beschuldigungen. Seitens des Herrn Oberbürgermeisters von Karlsruhe wurde diesem die Mitteilung, daß die ihm in den Mund gelegte Äußerung nicht getan worden ist und er ermächtigt wird, von dieser Zuschrift der Meistervereinigung gegenüber Gebrauch zu machen. Dies ist geschehen; daß der verleumderische Verbreiter der unwahren Äußerungen aber jetzt soviel Mut besitzen wird, diese zu widerrufen, erwarten wir nicht.

Nichts Neues ist es uns, daß die kleinen Gernegroße es zu gerne den großen Oberstufmachern gleich tun möchten. Erst saßen sie in feierlicher Weise einen Aussperrungsbeschluss, der alle organisierten Arbeiter bis zum 15. März 1910 betreffen sollte. Als die Unternehmer merkten, daß sich darüber die Bevölkerung der ganzen Umgebung lustig machte, schwiegen sie still darüber. Wie ernst es ihnen aber damit war, beweist folgende originelle Karte, die uns übergeben wurde:

Herrn
Wenn du bei mir wieder arbeiten willst, so möchte ich dich zu wissen tun daß du im Laufe der Woche die Arbeit aufnehmen mußt, sonst laßt du wohl dem 1. März 1910 in den Steinbrüchen in Mühlbach nicht mehr beschäftigt werden. Ein Teil Arbeitet schon wider, keine Angst vor dem Oberhalten muß zurigewissen die Polizei ist da.

Wir wollen Erbarmen mit dem Schreiber haben und die Unterschrift weglassen.

Obwohl die Mühlbacher Meister nicht Mitglieder des Verbandes deutscher Steinmetzgeschäfte sind, wurden von diesen doch schwarze Listen verfaßt, in denen 170 der Streikenden namentlich aufgeführt wurden und ersucht wird, diese nicht einzustellen oder bereits eingestellte sofort wieder zu entlassen.

Nicht ohne Interesse ist es wohl, zu erfahren, daß die Generaldirektion der badischen Eisenbahnen erklärt, „nach den Bestimmungen des Vertrages über die Lieferungen der Steine nicht in der Lage zu sein, einzugreifen“. Wir haben uns von dieser Behörde von vornherein keine zu großen Hoffnungen gemacht.

Der nun beendigte Kampf bot eine Fülle von außergewöhnlichen Begleiterscheinungen und Entsetzungen, daß es sich verlohnt, diese bei gegebener Zeit einer Betrachtung zu unterwerfen. Den Detektivten, die während den vier Wochen vollauf Gelegenheit hatten, diese beobachten und verstehen zu lernen, wird hoffentlich die verflochtene Bewegung ein Ansporn sein, dafür zu sorgen, daß künftig nachgeholt werden kann, was diesmal unerreicht blieb. Erste Vorbedingung hierfür ist, daß unsere junge Organisation gefestigt und gestärkt wird, um den kommenden Kämpfen gegenüber gerüstet dazustehen. Der Mühlbacher Kampf ist der einzige im ganzen Gebiet, dessen Erfolg soweit hinter unseren Erwartungen zurückgeblieben ist. Hätte, wie bei den vorhergegangenen Bewegungen, eine einheitliche Organisation hinter den Kämpfenden gestanden, so wäre unfers Erachtens auch der Erfolg ein anderer gewesen. Gegenüber einer Unternehmerorganisation, die wohl unklar in ihrem Willen, aber einig in ihrem entschiedenen „Nein“ war, standen zwei getrennte Arbeiterorganisationen, die vielleicht klar und einig in ihren Zielen, aber zu grundverschieden in den ihnen zu Gebote stehenden Machtmitteln waren. Hoffen wir, daß die Erkenntnis von der Notwendigkeit starker, einheitlicher Organisationen sich immer mehr Bahn bricht und uns damit größere und sichere Erfolge garantiert.

Für Wahrheit und Recht!

Die Zentrumsblätter, allen voran der „Regensburger Anzeiger“, verstehen es meisterhaft, durch Erzählung von Räuber- und Diebstahlgeschichten, durch Verbreitung von Schauerromanen des Reichswahrheitsverbandes, durch Erfindung von Terrorismusfällen und durch sonstige Verdrehungen von Tatsachen ihren geduldbigen Lesern vor der umstürzlerischen Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften recht gruselig zu machen. In jüngster Zeit macht wieder ein Lügenmärchen über den „sozialdemokratischen Streikbruch in Solnhofen“ die Kunde durch die gesamte Zentrumspresse und die christlichen Gewerkschaftsblätter. In der raffiniertesten Weise wird hier die Wahrheit entstellt. Einerseits, um der „quasi Sach“ zu dienen, andererseits, um den Gaul zu suchen, dem man bei einer Niederlage die Schuld aufzählen kann. Anders, wenn die freien Gewerkschaften wirtschaftliche Kämpfe durchzuführen haben und ihnen die Christlichen durch Anwerbung von Streikbrechern und durch systematischen Streikbruch in den Rücken fallen. Da finden die christlichen Zeilenhinder keine Worte der Entrüstung und wittern keinen Arbeiterverrat. In Regensburg stehen bei der Firma L. Lohner die Steinarbeiter seit dem 21. Juni im Streik, um die dort herrschenden traurigen Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Schon nach einigen Tagen fand sich im „Regensburger Anzeiger“ dieses Inserat:

Steinmetze
für Synnit- und Muschelkalkstein, sowie Synnitstein-
schleifer und Werkzeugmische finden sofort dauernde
Beschäftigung. Näh. i. d. Exp. 4420.

Auch auf der Tafel für offene Stellen, die in der Expedition des „Regensburger Anzeigers“ öffentlich ausgehängt ist, prangt schon seit Wochen und heute noch das Gesuch von Streikbrechern für die Firma Lohner. Kollegen Fröhler aus Hof, der bei der Expedition des „Regensburger Anzeiger“ auf Grund des obigen Inserats um Beschäftigung anfragt, verwies man direkt an diese Firma.

Auch zur Zeit der Aussperrung der Granitarbeiter in Fürstzell, bei der nur christlichorganisierte Arbeiter in Frage kamen, prangte mehrere Tage hintereinander im hinteren Teil des „Regensburger Anzeigers“ folgendes Inserat:

Lüchtige Pflastersteinbauer
finden bei guten Akkord- und Tagelöhnen sofort
dauernde Beschäftigung.
Granitwerke Fürstzell, Erbersdobler.

Das ist das Organ, das die Interessen der Arbeiter in der Oberpfalz vertritt. Das ist das nämliche Organ, das unter dem

22. Juli 1909 in einem Artikel zum „Generalstreik der bayrischen Spiegelglasmacher“ den freien Gewerkschaften ein auszuweichen versuchte und am Schluß schrieb: „Offensichtlich dürfte der Arbeiterverrat noch nicht betrieben worden sein, wie gerade in diesem Falle und beim Solnhofener Steinarbeiterstreik.“ Das Organ, das selbst Streikbrecher anwirbt und vermittelt. Auch der letzte Arbeiter der Oberpfalz dürfte dadurch wohl zur Einsicht gebracht werden, in welcher Partei, in welcher Gewerkschaft und in welcher Presse seine Interessen vertreten werden.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Wegen Erkrankung des Obmanns vom Verbandsauschuß sind nunmehr alle Briefe, Beschwerden usw. an folgende Adresse zu richten:

Joseph Elsner, Dresden-Neustadt, Hechtstraße 50, II.

Die Sterbeunterstützung darf nur auf Anweisung des Zentralvorstandes ausgezahlt werden. Bei Anträgen darauf, muß das Mitgliedsbuch und die Sterbeurkunde innerhalb vier Wochen nach dem Sterbetag mit eingesandt werden.

Die Zahlstellen Marburg und Wittenberg haben sich aufgelöst. Reiseunterstützung wird in diesen Orten nicht mehr ausgezahlt. Als neuer Auszahlungsort kommt Wehlar hinzu.

Korrespondenzen

Magen. Die Steinarbeiter des Vitrwerks sehen sich veranlaßt, die schäbige Handlungsweise des Steinmeisters E. Neubauer zu brandmarken. Dieser Musterkollege hat die Kollegen bei Herrn Dassel in der hinterlistigsten Weise denunziert, indem er demselben vorschwindelte, er, Neubauer, könne es auf dem Vitrwerke nicht mehr aushalten, da die Leute ihn drangsalierten, weil er nicht in den Verband gehen wolle. Es ist noch keinem eingefallen, etwas derartiges zu unternehmen. Hat denn dieser Aushalter vergessen, daß er vom Verband schon 15 Mark Keißegeb erhalten, und daß die Kollegen für ihn gesammelt, damit seine Kinder Brot hatten? Und daß er ferner als Parteimitglied 10 Mk. aus der Parteikasse erhalten? Es weiß hier aber jedermann, daß Neubauer den meisten Schnaps konsumiert, davon können die hiesigen Wirte ein Lied singen. Der Steinarbeiterverband ist aus eigener Kraft fast geworden, was er heute ist, und so muß es auch ferner bleiben. Solche Seitenstücke überlassen wir den gelben und christlichen Gewerkschaften.

Braunschweig. Die am 19. Juli stattgefundene Generalversammlung war sehr gut besucht. Es wurden zunächst zwei Kollegen neu aufgenommen. Der Kassierer verliest sodann die Abrechnung, es verbleibt ein Kassenbestand von 83,23 Mk. Dem Kassierer wird einstimmig Decharge erteilt. Der eingebrachte Antrag, betr. Erhöhung des Wochenbeitrags, um durchreisenden Kollegen einen Lokalauschuß zu gewähren, wurde zurückgezogen. Ebenfalls wurde ein Antrag abgelehnt, betr. Erhöhung des Wochenbeitrags, um einen Lokalauschuß an erkrankte Kollegen zu zahlen. Es wurde sodann noch kritisiert, mit welchem Schreckengang die Arbeiten am Ministerium vor sich gehen. Trotzdem die Steinmetzarbeiten schon lange vergeblich sind, kann noch nicht angefangen werden, angeblich wegen Mangel an Zeichnungen. Es wird hingezogen bis zum Winter, um dann die bekannten Hungerlöhne zu zahlen. Nachdem noch über verschiedene örtliche Angelegenheiten debattiert war, erfolgte Schluß der Versammlung.

Hamburg. Die Steinmetzen hielten am 10. Juli im Restaurant „Bismarck“ eine Mitgliederversammlung ab, welche sehr zahlreich besucht war. Die Abrechnung vom zweiten Quartal ergab eine Einnahme von 7991,93 Mk., der eine Ausgabe von 7423,02 Mk. gegenüberstand. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Ueber die augenblickliche Lage und das Resultat vor dem Einigungsamt berichtete der Vorsitzende. Er führte unter anderem aus: Sieben Wochen schon dauert der erbitterte Kampf und noch ist kein Ende vorzusehen. Von den vor der Aussperrung am Orte beschäftigt gewesenen Kollegen befinden sich jetzt noch 65 in Hamburg. Die Einigungsverhandlungen scheiterten an dem starren Sinn der Unternehmer. Wollen sie doch, daß sich die Arbeiter aller Kategorien bedingungslos, zerknirscht und schweißbebedelt zur Arbeit melden sollen. Die Arbeiter haben die Hand zum Frieden geboten, doch kalt wie man sie juristisch mit dem Bemerkten, im Lande würde man es nicht verstehen, wenn die Unternehmer nachgeben würden. Die Arbeiter werden darum den Kampf weiter führen müssen und wäre ihre Vernichtung besiegelt. Herr Kummert mit seinem Stabe glaubt durch seine Maßnahmen alle Streiks aus der Welt zu schaffen. Die Folgen in ihrer ganzen Schwere werden sich erst zeigen, wenn dieser Kampf vorüber ist; werden doch hierdurch die Proletarier aus den Reihen der Unternehmer Verstärkung erfahren. Daß die Herren Geld in Hülle und Fülle haben, zeigt, daß von ihnen Werber in alle Lande geschickt wurden, um Arbeitswillige zu holen, deren Kosten vorläufig 40 000 Mark betragen dürften. Hauptächlich ist das internationale Streikbrecherbureau von Auguste Müller in Wandsbek mit der Werbung des Ausschusses des 20. Jahrhunderts betraut worden.

Nachschrift. Nach den Zeitungsberechtigten vom 24. Juli haben die Unternehmerverbände die Aussperrung der Spezialbranchen, darunter auch die der Steinmetzen und Marmorarbeiter, aufgehoben. Was diese Maßnahme bedeutet, läßt sich momentan noch nicht sagen. Begründet wird das Vorgehen, daß Arbeitswillige in genügender Anzahl vorhanden wären und somit für die Spezialarbeiter kein Grund zur Aussperrung mehr vorläge. Wer das nicht glaubt, zahlt einen Taler. Wir vermuten, daß den Herren das Feuer auf den Nägeln brennt und ein gewaltiger Dalles Einzug gehalten hat.

Jena. Recht eigentümliche Verhältnisse herrschen im hiesigen Granitwerk von S. Conradus. Derselbe scheint den Inhalt des im vorigen Jahre abgeschlossenen Tarifs nicht recht zu kennen. Es heißt da wörtlich: 1. Bei Anweisung eines Werkstücks ist der Preis sofort anzugeben. 2. Alle im Tarife nicht angeführten Arbeiten werden nach besonderer Vereinbarung ausgeführt. Das alles hält Herr Conradus nicht für nötig, zu beachten, und wenn der Zahltag kommt, zahlt er nun, wie es ihm beliebt. So bezahlt dieser Herr für eine Kreuzplatte zu durchlöcheren und schrotten 40 Pfg., während ein Kollege zu dieser Arbeit mindestens 2½ Stunden braucht. Weiter soll die Lohnzahlung bis Sonnabend mittag erfolgt sein. Dieses hat derselbe seit Bestehen dieses Tarifs wohl noch nie beachtet. Anstatt daß der Lohn zu der angegebenen Zeit ausgezahlt wird, haben die Kollegen schon bis abends 7 Uhr warten müssen, ehe sie ihre paar Pfennige bekamen. Abschlagszahlung ist keine Seltenheit, meistens wird aller 3-4 Wochen der verdiente Lohn ausgezahlt. Auch mangelt es stets an Werkzeug. So geht es auf diesem Platz wie in einem Taubenschlag zu. Die Behandlung der Beehrten ist schauerhaft. Es ist vorgekommen, daß diese ganze Nächte haben durcharbeiten müssen, wenn die Arbeit drängte. Vergütung haben sie nur ungenügend bekommen. Zum Danke dafür erhalten sie bei der geringsten Gelegenheit Hiebe ins Gesicht, daß ihnen Mund und Nase blutet. Die Beschäftigung läßt auch viel zu wünschen übrig. Die Beehrten werden, wenn kein Maschinist in Funktion ist, zur Bedienung der Dampfmaschine benutzt. Wir richten an alle Kollegen das Ersuchen, dieses Elend zu meiden.

Netten. (Nur frech gelogen.) Die christliche „Keram- und Steinarbeiterzeitung“ hat sich in ihrer Nr. 14 abermals veranlaßt gefunden, sich mit uns zu beschäftigen. Die Leser ge-

nannter Zeitung müssen unwillkürlich zu der Vermutung kommen, welche stattliche Zahl die Christlichen wohl in Netten auf sich vereinigen. Dem ist aber nicht so. Netto ein halbes Duzend Streiter in Christo dem Herrn sind es, welche sich dort in echt christlicher Weise begreifen. Das christliche Blatt schreibt: „Man will sich anstehend nicht mehr erinnern, daß diese „bedenktlosen Christlichen“ es waren, welche beim letzten Streik einmütig aus Gründen der Solidarität sich auf die Seite der sozialdemokratischen Steinarbeiter stellten und 35 Wochen lang aushielten bis auf den letzten Mann, während von den „Netten“ drei Mann umgefallen sind.“ Nur wer christliche Kampfweise und christliche Verleumdung sucht kennt, wird diese Verdrehung der Tatsachen begreiflich finden. Wir erklären dies als eine bewusste Unwahrheit, denn auch die Christlichen wissen es ganz genau, daß die drei Mann, welche zu Streikbrechern wurden, der freien Organisation nicht angehörten. Wir fügen konstatieren, daß ein Mitglied der christlichen Organisation, vom ersten Augenblick des Streiks an, Streikarbeit verrichtete. Und obwohl die Vorstandschaft der christlichen Organisation davon Kenntnis hatte, wurde dieser Streikbrecher auch noch finanziell von der christlichen Organisation unterstützt. Erst als im schwarzen Lager darüber Zwist auszubrechen drohte, wurde demselben die Unterstützung entzogen und der Ausschluß des betreffenden Mitglieds beantragt. Herr Weizler schrieb damals wörtlich an den Vorsitzenden der christlichen Organisation: „Der Verlust eines Mitglieds wäre nicht zu bedauern, aber die Ehre vor dem Gegner. Ich werde in einer der nächsten Nummern das betreffende Mitglied brandmarken.“ Geschehen ist das natürlich nicht, der christliche Streikbruch mußte ja mit dem Mantel der christlichen Nächstenliebe zugebedeckt werden. Pfiu Teufel vor einer solchen Gewerkschaft! Das christliche Blatt liigt weiter. „Wie wurden damals die Christlichen umschmeichelt.“ — In geradezu widerlicher Weise wurden wir von den Christlichen um eine Vertretung bei den Unterhandlungen angewinkt. Der Vorwurf der Schmeichelei fällt also nur auf die Christlichen selbst zurück. Zum Schluß wundert sich die „Keramarbeiterzeitung“, daß der sozialdemokratische „Steinarbeiter“ nicht daraus die Lehre zieht, wenn im Frühjahr 1910 der Tarifvertrag mit den Granitindustriellen in Bayern zu Ende geht, könnte man eventuell die „bedenktlosen Christlichen“ wieder sehr notwendig brauchen. Die Christlichen drohen also hier mit dem Streikbruch. Sollte es im nächsten Frühjahr wirklich zu Differenzen kommen, und die Christlichen machen dann ihre Drohung wahr, dann tun sie eben in Netten nur das, was dieselben in hundert andern Fällen schon getan haben, sie verrichten Streikbrecherdienste. Die Situation würde sich natürlich dadurch in Netten um kein Jota verändern, denn die Christlichen sind hier zu bedeutungslos. Weiter regt sich die „Keramarbeiterzeitung“ nochmals über die Agitationstour des Kollegen Staufinger auf. Drei oder vier Christliche waren ja in jener Versammlung anwesend, sie folgten mit gespanntester Aufmerksamkeit dem Referenten, auch sorgten sie mit dem Beifall nicht. Wenn wir die organisierten Steinarbeiter von Netten und Edenkotten wirklich irreführen haben sollen, gut, dann mögen doch die Herren Trimmel, Oswald und Weizler einmal nach hier kommen und uns die richtige Spur weisen. Oder haben diese Herren keine Lust, uns „Hummen Wäcker“ agitatorisch zu bearbeiten. Die Nettener würden gern einmal den berühmten Landtagsdeputatus Oswald „aufsaunen“. Aber wir sind bescheiden, wenn dieser waschechte Zentrumsmann nicht kommen will, so begnügen wir uns auch mit Herrn Lehner. Allerdings müssen wir letzterem versichern, daß hier kein Gebiet vorhanden ist, aus welchem er willige Elemente für Kiefersfelden usw. fortschleppen kann. Allerdings für die christlichen „Gernegroße“ muß es sehr bedauerlich sein, daß sie in einer gut katholischen Gegend in agitatorischer Beziehung absolut keine Erfolge erzielen können. Mit Zitaten und Verleumdungen ist es eben nicht getan.

Niederlamsitz. Die Sperre bei Herrn Heinrich dauert bereits 9 Wochen, ohne daß sich Herr Heinrich jemals an die Zahlstelle Niederlamsitz gewandt hätte. Heinrich wandte sich sofort an die Zentralleitung, die Sperre sei aufzuheben, da kein (!) Tarifbruch vorliegt. In der Weihnachtswoche sperre Heinrich sämtliche Steinmetzen aus, weil sie sich weigerten, unter Tarif zu arbeiten, in Betracht kamen hauptsächlich Sockelplatten, die 5 Prozent unter Tarif bearbeitet werden sollten. Die Kollegen haben hierauf das Königl. Bezirksamt als Einigungsamt angerufen. Der Herr Bezirksamtsmann (der in gerechter Weise den Steinmetzen entgegengekommen ist) wies darauf hin, daß es von Herrn Heinrich Tarifbruch sei, aber Heinrich, Herr von Nehau, scherte sich wenig darum. In den weiteren Unterhandlungen, die die Zentralleitung mit Herrn Heinrich anstrebte, kam es zu der Einigung, daß die Sockelplatten 5 Prozent billiger gemacht werden, in Betracht kamen 6 Wagenladungen. Aus den 6 Wagenladungen sind es natürlich 60 und mehr geworden, die nach demselben Muster bezahlt wurden. Es kamen auch noch andre Stücke in Betracht. Heinrich sagte, soviel zahl ich und dabei baßta und dann kam die Maßregelung von drei Vorstandsmitgliedern noch hinzu. Er gebrauchte Ausdrücke: „Die Bande muß raus.“ Die Bundesratsverordnung wird auch nur mangelhaft durchgeführt. Schießmeister ist Herr Heinrich selbst, aber schießen kann er nicht, weil er gewöhnlich nicht in den Brüchen ist. Der Herr Gewerbeinspektor wird unferseits benachrichtigt.

Dahnburg. Die Unternehmer halten die Bundesratsverordnung nicht im geringsten ein. In der ganzen Umgebung ist es in dieser Beziehung besser wie hier. Wir wandten uns an die Gewerbeinspektion Stuttgart mit einer Beschwerde. Es kam folgende Antwort:

„Auf Ihr Schreiben vom 1. Juni 1909 teile ich Ihnen mit, daß die Steinbrüche im Zabertal und in der Maulbronner Gegend nunmehr revidiert worden sind. Die vorgefundenen Anstände in diesen Betrieben wurden behufs Abstellung den zustehenden Oberämtern mitgeteilt.“

Daurat Berner.
Hoffen wir, daß die Oberämter scharf zugreifen, damit wir zu unserm Rechte kommen.

Rotweindorf. Am 15. Juli tagte hier eine öffentliche Steinarbeiterversammlung. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung waren die Kollegen recht zahlreich erschienen. Kollege Ernst gab im ersten Punkt einen ausführlichen Geschäfts- und Kassenbericht. Aus diesen war zu entnehmen, daß im verflochtenen Geschäftsjahr auch sehr viele Mißstände und Tarifunregelmäßigkeiten seitens der Unternehmer zutage traten. Die Firma Stieglich-Copix glaubt es sich als besondere Ehre anrechnen zu müssen, stets auf dem Gewerbegericht als Angeklagte zu sitzen. Auch bei der Firma Lehmann-Pirna kam es in diesem Winter zu ernstlichen Differenzen. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Wahl von zwei Vertrauensleuten, kam es zu einer sehr regen Auseinandersetzung. 30 Kollegen beteiligten sich an der Debatte. Die meisten Redner standen auf dem Standpunkt, daß eine Person diese Arbeit gar nicht bewältigen könne, der hiesige Bezirk sei ein sehr großer und ausgebehrter. Auch seien in unserm Distrikt noch sehr viele Steinarbeiter dem Verbanne zuzuführen. Es machte sich daher notwendig, daß zwei Vertrauensmänner angestellt würden. Bei der Abstimmung erhielten von 203 abgegebenen Stimmzetteln die Kollegen Seidel-Dresden 181 und Ernst-Pirna 140 Stimmen, beide waren somit gewählt. Als Vorstandsmitglieder wurden noch die Kollegen Brechtneider, Böhnel, Kasper, Resch und Pöpel gewählt. In Geschäftskreisen kamen noch viele Mißstände auf den Werkplätzen und Steinbrüchen zur Sprache. Von der Handhabung der Bundesratsverordnung ist im hiesigen Distrikt noch gar nichts zu sehen. In Süddeutschland gehen die Gewerbeinspektoren viel scharfer gegen die Unternehmer vor. Es sollen sofort auf allen Werkplätzen und Steinbrüchen Fragebogen ausgefüllt werden, inwieweit die Bestimmungen der Bundesratsverordnung eingehalten werden oder sonstige Miß-

fände vorhanden sind. Diese Statistiken werden dann der Behörde überwiesen, um diese zu veranlassen, sofort Abhilfe zu schaffen. Des Weiteren wurde noch beschlossen, eine Petition an die königliche Staatsbahn zu senden, im Sommerhalbjahr einen Zug vor 7 Uhr morgens nach Rothweindorf einzuschicken, wo auch Wochenkarten Gültigkeit haben. Damit wäre auch den Dresdner und Pirnaer Kollegen Gelegenheit gegeben, leichter auf ihre Arbeitsstätte zu kommen. Es wurde noch bekannt gemacht, daß am 8. August im Volkshaus zu Pirna unser Sommerfest stattfindet. An diesem sollen sich auch die Dresdner, Postler und die Kollegen aus dem Gottliebental recht zahlreich beteiligen.

Sternenfels. Während des Mühlbacher Streiks wurde versucht, bei dem Unternehmer Brumm in Sternenfels Streikarbeit anzufertigen. Die Kollegen machten rechtzeitig darauf aufmerksam, daß sie diese Arbeiten nicht anfertigen können. Als Antwort darauf schloß der Werkführer am Mittag des betreffenden Tages das Bureau ab und erklärte den Kollegen, sie könnten nun nach Hause gehen. Brumm reist jetzt in der Nachbarschaft herum und sucht unorganisierte Arbeiter, ohne bisher vom Glück begünstigt zu sein. Die entlassenen Kollegen will er zum Teil wieder einstellen, wenn sie sich schriftlich verpflichten, aus der Organisation auszutreten, um wieder wie früher im wilden Afford zu arbeiten. Vor einigen Monaten wurde auch mit Herrn Brumm ein Tarifvertrag abgeschlossen, der an Stelle der bisherigen willkürlichen Entlohnung regulierte Stundenlöhne setzte. Wir glauben es Herrn Brumm gern, daß es ihn schmerzt, das frühere liebgewonnene und besonders sehr einträgliche Lohnsystem aufgeben zu müssen. Wir können dem Herrn aber versichern, daß der Zentralverband nicht gewöhnt ist, schmerzhafter Tarifverträge abzuschließen, die jeden beliebigen Augenblick wieder von den Unternehmern umgeworfen werden können. Die Versicherung können wir geben, daß, wenn Herr Brumm in seinem Steinbruch noch einmal Steinhauer beschäftigt sehen will, er vorher die vertraglichen Bestimmungen wohl oder übel anerkennen muß und ebenfalls die Entlassenen wieder einstellen. Brumm ist bis jetzt der einzige Unternehmer im ganzen Gebiet, der versucht, den Vertrag zu umgehen. Eine Extravurft werden wir aber auch für ihn nicht braten. Bei der letzten Auszahlung kürzte er der Hälfte der Kollegen die Löhne, trotz Vertrag, um durchschnittlich 20 Pfg. pro Tag. Wir werden ihm Gelegenheit geben, sich vor Gericht befehlen zu lassen, daß derartige Willkürakte ohne Vertrag unzulässig sind, vielmehr aber bei Bestehen eines solchen.

Die Kollegen der Umgebung bitten wir aber, auf die Forderungen des Herrn Brumm nicht hereinzufallen und dafür zu sorgen, daß dessen versuchte Praxis zur heilsamen Lehre für andere entschienen zurückgewiesen wird.

Rundschau.

Lois Rehner und seine famose Verächtigung. Der ehemalige Redakteur der christlichen „Keram- und Steinarbeiterzeitung“, Herr Lois Rehner, beehrte uns mit einer sonderbaren Verächtigung, welche in der Nr. 26 des „Steinarbeiter“, mit einer Glossierung versehen, auch Aufnahme fand. In der Verächtigung heißt es wörtlich:

Der Redakteur des genannten Verbands (Lois Rehner) hat nicht erklärt, daß die ganzen Behauptungen unwahr seien, die er unter der Spitzmarke: „Der Kampf im sozialdemokratischen Bergarbeiterverband“ wiedergegeben, sondern er hat ausdrücklich betont, daß er die Behauptungen, soweit sie unwahr seien, zurückzunehmen bereit sei.

Wir hatten dann höflichst bemerkt, ob er 80 oder gar 99 Prozent seiner Behauptungen retournieren mußte. Rehner gab uns keine Antwort, in welchem Umfang er den Bergarbeiterverband verleumdete hatte. — Nun liegt aber in der „Keram- und Steinarbeiterzeitung“ (siehe Nr. 15 vom 24. Juli 1900) die offizielle Abbitte des Herrn Rehner vor. Dort nimmt Rehner die dem Bergarbeiterverband „zugefügten Verleumdungen als unrichtig mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück“.

In seinem früheren Organ steht diese glatte Abbitte. Unserer Redaktion gegenüber wollte Rehner imponierend auftreten, indem er schrieb, er hätte das zurückgenommen, was unwahr sei. Der rheinische Verächtigungsjongleur konnte uns schon damals nicht irren führen, und wir fragten, ob 99 Prozent seiner Behauptungen unwahr wären. Rehner muß recht naiv sein, wenn er meinte, daß wir seine sonderbare Verächtigung nicht sezieren könnten. Jetzt zeichnet den „Keram- und Steinarbeiter“ ein Herr Martin Fromm; sein Name wenigstens läßt darauf schließen, daß er seinen Gegner anständig behandeln soll. — Herrn Rehner scheint seine eklatante Gerichtsverurteilung bewegen zu haben, fürderhin darauf zu verzichten, als Redakteur und Verächtigungsjongleur das Dextere zu schwingen.

Der Steinhauerschule in Wunsiedel soll ein Modellierkursus angegliedert werden. Wann wird endlich die bayerische Regierung dazu übergehen, die Wunsiedeler Schule so weit auszubauen, daß sie als eine vollwertige mittlere technische Fachschule angesprochen werden kann. Die Granitindustriellen des Sichelgebirges scheinen kein Interesse daran zu haben, daß eine solche Anstalt errichtet wird. Es ist allerdings ein Skandal, daß Bayern mit seiner großen Steinindustrie, für die Herstellung zukünftiger Steinmetztechniker so wenig Mittel flüssig macht.

Obernkirchener Sandsteinbrüche Akt.-Ges. Bremen. Unter dieser Firma ist ein Unternehmen gegründet worden, dessen Gegenstand der Betrieb von Handelsgeschäften aller Art, insbesondere die Ausbeutung von Steinbrüchen bildet. Das Grundkapital beträgt 750 000 Mk. Vorstand ist der in Obernkirchen wohnhafte Kaufmann Joh. Fr. Wilhelm Krone. Die Deutsche Nationalbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien in Bremen bringt in die Gesellschaft ein die ihr gehörige Rechte auf Abbau von Sandstein in den Sandsteinbrüchen auf dem Bückberge bei Obernkirchen von 850 000 Mk., sowie ferner Gebäude, Maschinen, Gleisanlagen, Grundstücke in den Brüchen usw. von 170 800 Mk. und erhält dafür Aktien von 518 000 Mk. Die Obernkirchener Sandsteinbrüche m. b. H. in Obernkirchen. bringen in die Gesellschaft ein das ihr gehörige Geschäft mit den Pachtverträgen laut Bilanz per ult. Dezember 1908 und erhalten dafür Aktien von 229 000 Mk. Das Haager Friedenspalais wird bekanntlich aus Obernkirchener Sandstein hergestellt. Wahrscheinlich gab dieser Auftrag Veranlassung zur Bildung der neuen Gesellschaft. Eine größere Kunststeinfabrik wird in Neumarkt (Oberpfalz) gebaut. Die Grabsteinfabrikation soll im großen betrieblen werden. Die Geldmänner sind Hamburger Kaufleute.

Ein Marmorartell in Istrien. Die küstländischen Marmorsteinbruchbesitzer wollen ein Kartell mit dem Sitz in Triest gründen. Es sollen die Produktion, die Entlohnung für die Arbeiter usw. gemeinschaftlich geregelt werden.

Für vermehrten Hausarbeiterschutz. Im württembergischen Landtage gelangte nach eingehender Begründung durch den sozialdemokratischen Abgeordneten Natutrat ein Antrag zur einstimmigen Annahme, der die württembergische Regierung aufzufordert, im Bundesrat für Schaffung eines gesetzlichen Hausarbeiterschutzes und für Ausdehnung der Gewerbeinspektion auf diesen einzutreten. Dieser Antrag entspricht fast wörtlich einem von der sozialdemokratischen Fraktion bereits 1907 gestellten Antrage, der inzwischen von einer Kommission beraten und jetzt vom Plenum einstimmig sanktioniert wurde.

Aus dem liberalen badischen Musterlande. Am 20. Juli wurde der Gewerkschaftler Horner vom Maurerverband in Pforzheim verhaftet, weil er einen Arbeitswilligen am Bahnhofsamt am Kermel faßte und zu ihm sagte: „He, langsam, wo

wollt Ihr hinaus, hier ist Streik!“ Der Fall erregt allgemeines Aufsehen, da Horner wegen seines ruhigen, gelassenen Wesens allgemein bekannt und beliebt ist. Erst nachdem am nächsten Tage Verhandlungen unter Teilnahme der Vertreter der Stadt stattgefunden, gelang es den Bemühungen des Rechtsanwalts Genossen Dr. Kullmann, seine Freilassung zu bewirken. Eine große Anzahl Streikender sind noch in Haft gehalten worden. Der Pforzheimer Maurerstreik dauert bereits 13 Wochen.

Neun schwarze Eifen versankte der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller in der Zeit vom 26. Juni bis 10. Juli dieses Jahres.

Durch Angabe ihrer Personalkennzeichen werden in Beruf gebracht 118 Beionarbeiter in Hamburg, 4 Schmiede der Anhalter Hufeisenfabrik in Köpeln, 15 Müller der Malzfabrik A. Seymann in Mannheim, 94 Knopfabriker und Arbeiterinnen in Frankenhäusen und 52 Textilarbeiter und Arbeiterinnen in Göttes.

Scharfmacher an der Arbeit. Vor kurzem wurden die Wahlen der Generalversammlung der Ortskrankenkasse in Eibau (Sachsen) auf Wunsch der Christlichen durch die Kreisbauernschaft kassiert. Die vorgenommenen Neuwahlen haben nun eine wohlverdienten Reinfall der Christlichen ergeben. In ihrer ohnmächtigen Wut kommt ihnen nun der Vorsteher des dortigen Militärvereins zu Hilfe, dessen Vorstand aus den Koryphäen der Christlichen besteht. Er brachte folgendes Schreiben zum Versand:

Eibau, den 21. Juli 1900.

An Herrn hier.

Nachdem mir von vertrauenswürdiger Seite mitgeteilt wird, sind Sie als Sozialdemokratischer Kandidat zum Arbeitervertreter zur Krankenkasse aufgestellt und gewählt worden.

Ich ersuche Sie, mir umgehend Ihre Erklärung mitzuteilen, ob Sie dagegen Widerspruch erheben, wenn nicht, so mache ich Sie auf § 20 Abs. 6 unserer Vereinsstatuten aufmerksam wonach ungesäumt verfahren wird.

Ihrer Mißäußerung entgegengehend Achtungsvoll

Der K. Sächs. Militärverein Hermann Vitterlich, Vorsteher.

Die hier in Frage kommenden Mitglieder fürsten jedenfalls die Konsequenzen daraus ziehen, wie ja auch einige es bereits vorgezogen haben, sich loszusagen und nicht zu warten, bis ihnen der Stuhl vor die Tür gesetzt wird.

Schöne Erfolge. Der Zimmererverband hat im ersten Halbjahr 1900 bereits in 225 Zahlstellen Lohnbewegungen mit Erfolg durchgeführt: 21 849 Zimmerer erhielten Lohnzulagen bis zu 5 Pfg. pro Stunde. Weitere 114 Lohnbewegungen sind noch in der Schwebe. In 90 Fällen mußten die Zimmerer allerdings zum Streik greifen, um ihre Forderungen durchsetzen zu können. Sehr bemerkenswert ist, daß die statistische Darstellung sehr schnell im Verbandsorgan „Der Zimmerer“ veröffentlicht werden konnte.

Schredlicher Unfall. Als in einem Steinbruch bei Auerhammer der Bruchmeister und ein Arbeiter nach der Ursache des Zerplatzens eines Sprengschusses forschten, explodierte der Schuß. Beide Männer wurden von den umherfliegenden Steinen und Schutt so schwer verletzt, daß sie nach der Heilanstalt des Sanitätsrats Dr. Pilling in Aue gebracht werden mußten. Dort mußte dem Arbeiter die rechte Hand amputiert werden. Das Augenlicht beider ist stark gefährdet.

Ein schweres Brandunglück hat am 21. Juli die Arbeiterchaft in Neusorg betroffen. In den Arbeiterwohnungen des Granitwerks Alermann brach plötzlich Feuer aus. Es konnte nur sehr wenig gerettet werden, so daß den Arbeitern der größte Teil ihrer Habe verbrannte. 7 Familien mit 118 Kindern sind obdachlos geworden. Unsere Kollegen haben einen Schaden von circa 20 000 Mk. erlitten. Hoffentlich kann durch die Mithätigkeit unserer Verbandsmitglieder die Not der Neusorger Kollegen gelindert werden.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Bütschenbach. Es werden die Vertrauensleute allerorts ersucht, dem Kollegen Ludwig Dollmeier, geboren 1886 in Weiten (Verb.-Nr. 27281), keine neue Interimskarte auszustellen.

Die Ortsverwaltung.

Selb. Ersuche alle Vertrauensleute, mir die Adresse des Steinbleisers Johann Franz zukommen zu lassen.

Heinrich Hoffmann, Vorsteher, Talstraße 330.

Münster. Der Kollege Max Birnstein, geb. am 8. November 1882, wird ersucht, seinen Verpflichtungen gegenüber den Kollegen H. Schmitz in Hilstrup und J. Zumbriak in Münster nachzukommen.

Jos. Zumbriak, Sophienstraße 13.

Rieja. Mit der Firma Förster bestehen Differenzen. Zurückreisende haben sich beim Vertrauensmann R. Just in Gröba, Strehlaer Straße 30, zu melden.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 19. bis mit 24. Juli 1900.

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate, X. = Extrasteuer.)

Piegnitz (Heilmann), B. 4.40; (Klose), B. 6.60. Friedeberg, B. 1.85. Altenburg (Bret), B. 10.—. Rotenburg (Schmann), B. 7.70; (Sadauf), B. 5.—. Sondershausen, B. 6.60. Leuchtenberg, B. 5.50. Königsutter (Neumann), B. 5.—. Treßing, B. 4.80. Bant, B. 4.40. Kirchhain, B. 2.60. Coesfeld, B. 1.85. Alfenz, B. 1.28. Amerdingen, B. 23.94. Breslau II, B. 7.—. K. 3.—. Koblenz, B. 57.50, E. 1.—, K. 3.60, M. 0.35. Gailbach, B. 42.—. Söppingen, B. 84.—, K. 10.—. Hamburg I, B. 199.65, K. 0.20. Kirchheim, B. 240.12, E. 1.—, K. 1.50. Ludwigshafen, B. 27.72, E. 0.50, K. 0.80. Regensburg, B. 68.40, K. 3.60. Oberpeilau, B. 290.22, E. 2.—, K. 14.60. Wandersader, B. 197.94, E. 11.50, K. 9.90, M. 1.25. Seebach, E. 174.80, K. 2.05. Altenheim (Janke), 5.—. Würth, B. 33.85, K. 6.20. Reichenbach im Obenwald, K. 1.50. Pforzheim, B. 73.80, E. 6.—, K. 0.40. Pflauen, B. 100.—, K. 9.—. Pilgramsreuth, B. 248.64, E. 4.50, K. 13.80. Ottenhöfen, B. 184.—, K. 10.—. Oberdorf, B. 38.—, K. 10.—. Mittelsteine, B. 281.42, E. 1.50, K. 2.—, M. 2.50. Reichen I, B. 368.—. Hagen, B. 46.—. Silberheim, B. 184.—, K. 10.—. Cunewalde, B. 94.20, E. 0.50, K. 5.40. Altleiningen, B. 54.18, K. 4.50. Alsleben, B. 49.40. Augsburg, B. 112.24, K. 0.60. Biesel, B. 27.50. Schaafheim, B. 5.50. Rudolstadt, B. 4.90. Reichenbach i. B., B. 2.20. Zriebel, B. 2.20. Neustreitz, B. 2.25. Alt-Warthau I, B. 50.60, K. 19.15. Barchen, B. 58.80, K. 1.20. Baumholder, K. 4.10, M. 0.40. Crumwint, B. 13.80, E. 0.50, K. 8.95. Falkenhain, B. 105.84, E. 3.50, K. 0.20. Sangersfeld, B. 62.08, K. 7.90. Sulzfeld, B. 190.—, E. 31.50, K. 10.—. Sternenfels, B. 285.—, E. 8.—, K. 12.90. Treuen, B. 28.—, K. 4.—. Würzburg, B. 314.65, K. 26.60. Niederlantz, B. 84.—, E. 1.—, K. 5.—. Marktrenten, B. 42.—, K. 7.40. Süßed, B. 184.—, E. 1.50, K. 19.—. Sangersdorf, B. 290.—, E. 1.50, K. 20.35, M. 1.20. Karlsruhe, B. 188.—, E. 5.—, K. 10.—. Kappelrodt, B. 161.—, K. 10.—. Pregelanger, B. 109.20, E. 15.75, K. 10.50. Eisenach, B. 90.62, E. 2.50, K. 9.50, M. 0.60. Dörfeldorf, B. 49.50. Bremen, B. 8.40, K. 9.60. Varel, B. 7.30. Burgstädt, B. 6.70. Rösching, B. 4.95. Finsterau, B. 2.—. Greiffenberg, B. 7.90. Neumünster, B. 4.95. Lemgo, B. 2.50. Dzierzgowitz, Ins. 2.60. Breslau I, K. 27.50, M. 3.50. Behnsdorf, E. 18.—. Eibelsdorf, B. 23.—, E. 15.—, K. 5.—. Gohmannsdorf, B. 51.50. Frankfurt a. M., B. 460.—. Jannowitz, B. 237.60, E. 15.—.

K. 10.90. Söbau, B. 579.84, E. 6.—, K. 13.30. Wittenberg, B. 70.84, E. 2.—, K. 0.65. Stuttgart, B. 84.—, K. 20.—. Meja, B. 142.—, E. 5.—. Rothenburg, B. 151.80, K. 15.45. Gölitz, B. 184.—. Rudolstadt, B. 3.—. Ludwig Geiß, Kassierer.

Adressen-Änderungen.

Essen. Vors.: Franz Fürst, Gerswidastraße 47.
Mainz. Vors.: Wilh. Knapp, Frauenlobstraße 14, II.
Nördlingen. Vors.: Samuel Hoberger, Haußengasse 254 B.
Fagen (Westf.). Kass.: Ernst Pardon, Fagen-Gilpe, Selbener Straße 61.
Breslau I. Kass.: Heinrich Bill, Paulstraße 29.
Haffersode. Vors.: Heinrich Lopp, Triangel 11. Kass.: Hermann Haupt, Langer Stieg 50.
Neuhaus am Inn. Vors.: Franz Eberhard.
Seebach. Vors.: Karl Hütel.
Witten. Vors.: Karl Linke, Johannistweg 38.
Bremen. Vors.: Karl Maus, Bamberger Straße 8, I.
Godenau-Deutmannsdorf. Vors.: Oswald Ziegert, Deutmannsdorf.
Alt-Warthau I. Kass.: Christian Gerhard.

Briefkasten.

Welle, D. Lasse Dir von der Buchhandlung Maier in Ravensburg den Katalog senden. — Erfurt, B. Die gefandte Befanunmachung müssen wir ablehnen. — Wittenberg, S. Wir haben die Marken zurückgesandt. Solche Inserate müssen wir ablehnen. — Schwarzenbach. Die Adresse lautet: Sozialdemokratisches Presse-Bureau, Berlin, Lindenstr. 69. — Konstantz, E. Die Frage wird beantwortet für alle die Orte, welche zur Zahlstelle gehören. — R. Glühwünschinserte lehnen wir grundsätzlich ab. — Kassierer. Die betreffende Stelle steht im „Gaut“. — Braunau, D. Zuvor muß der Betrag von 1.50 Mk. eingekandt werden. — Godenau. Ruß natürlich 27.60 Mk. heißen.

Anzeigen.

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitnehmenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Steinarbeiter von Bunzlau.

Sonntag, den 1. August 1900

25jähriges Stiftungsfest in Neu-Breslau

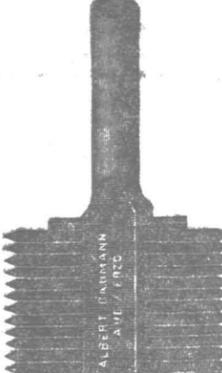
bestehend in

Konzert und verschiedenen Unterhaltungen.

Anfang 3 Uhr.

Die Kollegen von nah und fern sowie Freunde und Gönner sind hierzu freundlichst eingeladen.

Das Komitee. J. A.: Wilh. Barisch.



Albert Baumann
Werkzeugfabrik und Hartwerk
Aue (Erzgeb.)
Preisliste
über alle
Steinmetz-Geschirre
versende
gratis.
Lieferung sofort!

Spezialhaus für Berufskleidung

Eigene Anfertigung

Schürzen-Stoff, extra breites Hausmacherleinen.

Jadetts, Hosen.

Emil Keidel, Hamburg 6

== Barteisstraße 101 ==

Zwei Granit-Maschinenschleifer

zum sofortigen Eintritt bei hohem Afford und dauernder Arbeit gesucht. Reisevergütung.

Artur Eckart, Granitwerke, Königsberg i. Pr.

Sandhofmeisterstraße 5/6.

10-15 tüchtige Granitsteinmehrer

finden sofort Beschäftigung bei

Gebrüder Schönfeld, Blankenburg (Harz).

Gestorben.

In Dresden am 19. Juli der Kollege Joseph Haas, 31 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
In Freiburg (Baden) am 23. Juli der Kollege Karl Bozenhardt, 53 Jahre alt, an der Berufskrankheit. Er war unserer Sache treu seit dem 25. Juli 1881.
In Wiesersfelden am 20. Juli der Kollege Anton Aliephari, 50 Jahre alt, an Herzschwäche.
In Kienbach am 24. Juli der Kollege Friedrich Gähler, 27 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
In Wlauen i. Vogtl. am 20. Juli der Kollege Wilhelm Franz, 30 Jahre alt, an einem Unglücksfall.
In Rothweindorf (Zahlstelle Pirna) am 22. Juli der Kollege Max Grohmann, 30 Jahre alt, an einem Unfall.
In Trübsau am 24. Juli der Kollege Wilhelm Roth, 26 Jahre alt, an Darmverengung.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Beilage zum „Steinarbeiter“.

Nr. 31.

Sonntag, den 31. Juli 1909.

13. Jahrgang.

Hofsteinmetzmeister Karl Schilling †.

Ein tatenreiches Leben hat aufgehört zu sein. Karl Schilling, der Berliner Hofsteinmetzmeister, ist am 21. Juli, genau an seinem 58. Geburtstag, in Rissingen, wo er zur Kur weilte, gestorben. Der Verbliebene spielte unter den deutschen Baugewerkmännern eine hervorragende, achtunggebietende Rolle. Auch wir Steinarbeiter wollen diesem Mann die Anerkennung nicht versagen. Im nachstehenden wollen wir die Entwicklung seines Steinmetzgeschäfts, welches er zu großer Blüte brachte, schildern. Schilling selbst stammte aus Heiligenstadt, er war gelernter Steinmetz. Mitte der siebziger Jahre nahm er bei Pöcker in Berlin eine Poststelle an. Zu seiner technischen Ausbildung besuchte er die dortige Baugewerkschule. Am 1. Januar 1882 eröffnete er mit 15 Gesellen in der Reichshauptstadt, Mädelstraße 52, ein eigenes Steinmetzgeschäft. Schilling verstand den Zug der Zeit, er lieferte nur exakte Arbeiten, und mit einem Schläge wurde er unter den hervorragendsten Berliner Architekten bekannt. Und die Lieferung peinlichst ausgeführter Arbeiten war sein Geschäftsprinzip. Das konnten ihm seine Kollegen eben nicht nachmachen. Der erste behördliche Auftrag war die Lieferung der Fassade zum Oberpostdirektionsgebäude aus Nesselberger Stein. Schon 1888 errichtete Sch. eine Dampfzählgerei nebst Dreherei. Das verblüffte unter seinen Kollegen sehr, aber bald ahmten sie diese technische Neuerung nach. Im selbigen Jahre erhielt Sch. große Aufträge zum Reichstagsgebäude. Damit war der Mann „gemacht“. Er erwarb oder pachtete Steinbrüche in Alt-Barthau, Wünschelburg, Rüders, Deutmannsdorf und Friedersdorf. Steinmetzwerkplätze wurden in Bunzlau, Pirna, Mühlten, Rüders und Mittelsteine errichtet. Alle Betriebe wurden technisch in vollkommenster Höhe ausgestattet. An größeren Arbeiten führte er nun weiter aus: Die Fassade zum Berliner Hauptpostamt, Königsstraße, das Arminische Erbgräbnis, das prinzipale Palais in Dessau, das Geschäftshaus Wäcker in Berlin, das Diskontobankgebäude Unter den Linden, die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche, die Fürstengruft des Herzogs von Anhalt, die Technische Hochschule in Charlottenburg, das Mausoleum Kaiser Friedrichs, die evangelische Garnisonkirche, die Deutsche Bank, die Berliner Bank, das Palais Staudt, das Kaiserin-Friedrich-Haus, das Kunstgewerbe-Museum, alles Berliner Bauten. Dann lieferte Sch. die meisten kunstvollen Arbeiten zum Berliner Dom. Das war wohl sein gewaltigster Auftrag. Der Verstorbene war nicht nur ein tüchtiger Fachmann, er hatte auch eine gute kaufmännische Ader, und letztere war unbedingt notwendig, wenn ein solcher Riesenerfolg sachgemäß geleitet werden sollte. Die Direktion hatte er immer in der Hand. Bei der Übernahme von so gewichtigen Steinmetzarbeiten ist eine sichere Kalkulation in erster Linie notwendig. Aber die Firma hat niemals Schmutzkonkurrenz getrieben. Als der Muschelkalk „modern“ wurde, kaufte er sofort größere Steinbrüche in der Mühlhäuser Gegend (Thüringen) und in Kirchheim bei Würzburg an. Er wollte nicht von Steinlieferanten abhängig sein. Auch diese Betriebe wurden sofort mit den neuesten Maschinen ausgestattet. Die Firma ist im Liefern von Muschelkalk wohl am leistungsfähigsten. Zahllose Fassaden hat sie in den letzten acht Jahren aus diesem Gestein geliefert. — Wo Sch. einen Steinbruch oder eine Werkstatt eröffnete, prompt fand er unsern Verband vor. Er war niemals kleinlich gegen uns, er hatte sich mit der Arbeiterorganisation abgefunden, wie die vielen Tarifabschlüsse mit ihm beweisen. Nur im Kirchheimer Werk kam ein solcher Abschluß bisher nicht zustande. Die kleine Nadelstichpolitik, zum Beispiel das Entlassen unserer Vertrauensleute, hat er niemals mitgemacht. Schilling war eben ein ganzer Mann. Er hatte einen geraden, offenen Charakter, und manchem Regierungsbauführer hat er ein Kolleg über die Sonderheiten des Steinschnitts und über die Verunzierung der Architektur gehalten. Wer bei ihm in Arbeit stand,

der mußte tüchtig sein, große Anforderungen stellte er an die Techniker. Und von den letzteren benutzte mancher das Schilling'sche Bureau als Sprungbrett, um anderweit in leitende Stellung zu kommen. In Berlin tat Sch. das weitmöglichste, um seinen Steinmetzlehrlingen eine gute technische Ausbildung zukommen zu lassen. Er hatte tüchtige Fachlehrer zu diesem Zwecke engagiert. Wir lassen uns nicht zu Ueberchwänglichkeiten hinreißen, aber wir müssen anerkennen, daß der Verstorbene mit unermüdlicher Energie bestrebt war, seine Firma hochzubringen, aber nur mit realen Mitteln. Es ist sehr wahrscheinlich, daß Sch. in den ersten Jahren seiner Tätigkeit sehr auf Kredit angewiesen war, aber sein Organisationsstalent löste jedermann Vertrauen ein. Mit seinen Unternehmungen wies er sehr oft den deutschen Steinmetzmeistern den Weg. Insbesondere nutzte er die technischen Umwälzungen im weitesten Maße aus.

Der Verstorbene war vielen deutschen Steinmetzen der Sandsteinbranche bekannt. Sie alle werden anerkennen, daß bei ihm die Arbeits- und Lohnverhältnisse immerhin erträglich gestaltet waren. Wir haben selbst bei dem Verstorbenen längere Zeit in Arbeit gestanden und können nur bekunden, daß für ihn tarifliche Abmachungen ohne weiteres bindend waren. Noch eins sei betont. Bezüglich der bundesrätlichen Bestimmungen ging Sch. bahnbrechend vor. Er schaffte Werkstätten und Unterkunftsräume, die mustergültig genannt werden müssen.

Wir können wohl unser Nekrolog schließen, indem wir schreiben: Die organisierte Steinarbeiterschaft wird dem Verbliebenen jederzeit ein ehrendes Andenken bewahren.

Der 7. Kongreß der christlichen Gewerkschaften

wurde am Sonntag, den 18. Juli, durch eine im großen Gürzengraben in Köln abgehaltene öffentliche Versammlung eingeleitet, in der sich die christlichen Arbeiter im Glanze ihrer weltlichen und geistlichen Gönner zeigten. Von den Rednern, die an diesem Tage zu Worte kamen, vertrat Freiherr v. Berlepsch, der Mann von der Gesellschaft für soziale Reform, die weltliche, Viktor Brauns, Direktor des Volksvereins für das katholische Deutschland, die geistliche Seite. Außerdem redete Generalsekretär Stegerwald über das Thema: Zehn Jahre christlicher Gewerkschaftstätigkeit. Denn der Kölner Kongreß der Christlichen steht im Zeichen des Jubiläums insofern, als vor zehn Jahren in Mainz die Christlichen ihren ersten Kongreß abhielten, von wo ab die christlichen Gewerkschaften, die sich bei dieser Gelegenheit ihr Programm und ihre Verfassung gaben, ihre eigentliche Geschichte beginnen. Es versteht sich, daß die Reden dieses Abends auf einen hohen Ton gestimmt waren, insofern, als sie die Erfolge, die gute nationale Gesinnung und die Selbstständigkeit der christlichen Gewerkschaften priesen, die angeblich weder nach der politischen noch nach der kirchlichen Seite hin irgend welche Gebundenheit zeigen, sondern einzig und allein auf das wirtschaftliche Wohl der Arbeiter bedacht sind — eine Behauptung, die dadurch, daß sie von den drei Rednern zugleich aufgestellt wurde, nicht an Ueberzeugungskraft gewinnt.

Der erste Verhandlungstag am Montag wurde eröffnet durch die Begrüßung und die Ansprachen der Gäste: Geheimrat Wedel als Vertreter des Reichsamts des Inneren, Geheimrat Trilling als Vertreter der Kölner Regierung, Beigeordneter Krusch als Vertreter der Stadt Köln, Pfarrer Weber als Vertreter der evangelischen Arbeitervereine, Viktor Brauns als Vertreter des katholischen Volksvereins usw. Sodann gab Generalsekretär Stegerwald den Bericht des Gesamtverbandes über das abgelaufene Geschäftsjahr, das den christlichen Gewerkschaften einen Mitgliederzuwachs von 24 000 gebracht hat, so daß sie wieder auf dem Stand von 1906 angelangt sind. Dennoch sind die Christlichen froh, daß sie nach 15-jährigem Bestehen 260 000 Mitglieder erreicht haben, wobei sie wohlweislich verschweigen, um wie viel ihre gepriesenen „Erfolge“ hinter ihren anfänglichen Erwartungen und vor allen Dingen hinter den großartigen Erfolgen unserer Organisationen zurückgeblieben sind. Bemerkenswert war der Bericht Stegerwalds durch die ihm angelegte Betrachtung über das Verhältnis der christlichen Arbeiterabgeordneten zu den christlichen Gewerkschaften. Er wies zunächst zurück, daß die christlichen Arbeiterabgeordneten Vertreter der christlichen Gewerkschaften seien, sie seien von bürgerlichen Parteien in den Reichstag gewählt wor-

den. Im Parlament ergaben sich für sie infolge der Verhältnisse in den einzelnen Fraktionen und der jeweiligen Mehrheitsbildung oft kritische Situationen, denen sie Rechnung tragen mußten, so daß oft das Arbeiterinteresse mit der Rücksicht auf höhere Interessen in Konflikt gerate. Da müsse man den Arbeiterabgeordneten Vertrauen entgegen bringen, daß sie das Richtige zu treffen wüßten. Es gehe nicht an, daß die Arbeiterabgeordneten in den einzelnen Fraktionen in jeder beliebigen Frage ihre eigenen Wege gingen, unter solchen Bedingungen würde keine Partei Arbeitervertreter in ihre Fraktionen aufnehmen; wohl aber müsse ihnen zugestanden werden, daß sie in Fragen, wo das Arbeiterinteresse besonders in Betracht komme, auch abweichend von der Fraktion stimmten. Und wenn sie einmal anders stimmten, als es dem Klassenempfinden der Arbeiter im Lande zuzuge, so brauche man nicht gleich den Vorwurf zu erheben, daß sie ihre proletarische Vergangenheit aufgegeben hätten. Wir stimmen — so schloß der Redner — in manchen Dingen und Handlungen mit den bürgerlichen Parteien nicht überein, aber deshalb geben wir unsere Ideale und unsere Stellung zur Sozialdemokratie nicht auf, andernfalls würden wir uns das Todesurteil sprechen.

Darin war die Bitte um Pardon für die Herren Giesberts, Schiffer und Genossen wegen ihrer Haltung in der Reichsfinanzreform ausgesprochen, und Herr Stegerwald unterstrich diese Bitte noch durch die Mahnung, daß der Kongreß sich nicht mit Auseinandersetzungen grundsätzlicher Art, sondern mit praktischen Fragen beschäftigen solle — ein Wink, den die gut erzogenen Christlichen willig befolgten. Kein Wort fiel in der Diskussion über das Zentrum, den Teilhaber des räuberischen Schnapsbrotts, kein Wort über die merkwürdige Sorte von Arbeitervertretern, die mitgemischt haben an der ungeheuren Belastung ihrer Klasse durch einige hundert Millionen neuer Konsumsteuern.

Den Hauptteil des Kongresses nahmen drei Vorträge sozialpolitischer Art ein, von denen derjenige über die Reichsversicherungsordnung aktuelle und praktische Bedeutung hatte, während die beiden andern in der Hauptsache geschichtlich referierend waren und sachlich kaum etwas Bemerkenswertes boten. Vogel (Essen) redete über den Arbeiterschutz vom grundsätzlichen, geschichtlichen und praktischen Standpunkte aus. Als nächste Forderungen gab er an: Freizeitleistungsrecht, Koalitionsrecht, Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, Beseitigung der Ausnahmebestimmungen aus dem Reichsvereinsgesetz, gesetzliche Regelung der Wohlfahrtspflege, Heranziehung der Arbeiter zur Gewerbeaufsicht, direkte Beteiligung der Arbeiter bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, Schaffung eines Reichswohnungs-gesetzes. Generalsekretär Krug (Stuttgart), der über die Entwicklung und den Stand der Arbeiterversicherung redete, bezeugte mit seinen Selbstverständlichkeiten und Realitäten, die er im schulmeisterlichen Tone vortrug, allgemeiner Unaufmerksamkeit. Über die Reichsversicherungsordnung redete Abg. Veder (Arnberg). Er verhielt sich, so mühsig er auch in der Form blieb, den Plänen der Regierung recht kritisch gegenüber, in den allgemeinen Tendenzen der Reichsversicherungsordnung erblickte er einen Fortschritt, aber an zahlreichen Einzelheiten hatte er viel auszufehen. Entschiedener gingen die Diskussionsredner mit dem Werk ins Gericht. Ein Gemisch von Fortschritt und Reaktion nannte ein Redner die Reichsversicherungsordnung, ein anderer verglich sie mit der Echtenachher Sprinngelstoch: drei Schritte voran, zwei zurück! Namentlich fand die von der Regierung beabsichtigte Halbierung der Beiträge und Rechte in den Krankenkassen entschiedene Verurteilung. Der Reichsbureauvorsteher Dick (M.-Glöckner) meinte, daß die Regierung bezüglich der Krankenkassen nach dem Satz verfare: Teile und herrsche! Das Selbstverwaltungsrecht solle zwischen Arbeitern und Unternehmern geteilt werden, um der Regierung die Herrschaft zu sichern. „Die Arbeiter haben zur Krankenkassenversicherung nur Vertrauen, so lange die Verwaltung der Kassen in ihren Händen liegt. Wenn die Regierung sagt, ohne die Zweiteilung in den Krankenkassen ist die Neuordnung des Versicherungswesens unannehmbar, dann fällt eben das ganze Werk. In dieser Frage gibt es für uns kein Kompromiß!“

Geheimrat Düttmann (Oldenburg), Vorsitzender der Landesversicherungsanstalt Oldenburg und Herausgeber des Regierungsbogens, erhält als „sachverständiger Gast“ das Wort. Er erlucht den Kongreß, nicht Prinzipien zu reiten und nicht die Vertreter der christlichen Arbeiter in dem Reichstag mit gebundenem Mandat anzufassen, auch nicht bezüglich der Verwaltung der Krankenkassen. Wo Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen raten und taten, müsse das auch mit gleichen Rechten geschehen. Es muß anerkannt werden, daß der oldenburgische Beschwichtigungsrat bei den Vertretern der christlichen Arbeiter kein Glück hatte. Namentlich wandten sich Jmbusch (Essen) und Weber (Duisburg) in der entschiedensten Weise gegen Düttmann. Dieser gar kein Gesetz, als ein schlechtes Gesetz, eher mag die ganze Reichsversicherungsordnung fallen, ehe wir an

Neue Verhandlungen der Sächsischen Schweiz?

Im „Leipziger Tageblatt“ lesen wir: Soeben wird von einer Gewerkschaft Marie-Buise ein Prospekt veröffentlicht, in dem die Betreffenden ersucht werden, Rufe zu je 150 Mark zum Zwecke des Abbaues der Sandsteinbrüche Schulhain und Weiße Berge in den Muren Rathen und Königstein an der Elbe zu übernehmen. Der Gesamtlänginhalt der Sandsteinbrüche wird mit 111 910 Quadratmeter angegeben. Die Weißen Berge liegen von dem Orte Niederrathen elbwärts unweit der Bastei. Der Inhalt der beiden Brüche wird in dem Prospekt mit 560 000 Kubikmeter angegeben, wovon teilweise bis zu 50 Prozent als Bruchverlust abzusehen sind. Das Material sei zum Teil für Bildhauerarbeiten, zum Teil für Brücken und Wasserbauten verwendbar. Der Materialwert der Sandsteinbrüche soll angeblich einen Wert von 2½ Millionen Mark haben. Neben dem Abbau der Brüche sollen die Steinhalben durch Fabrikation von Kalksandsteinen verwertet und hiermit zunächst auf den Weißen Bergen begonnen werden. Die beiden projektieren Anlagen würden nun bedauerlicherweise neue Sandsteine in den schönsten Stellen unsrer Sächsischen Schweiz hervorbringen. Jedenfalls müßte hier der Bund Heimatschutz und der Gebirgsverein für die Sächsische Schweiz ganz entschiedenen Einspruch erheben.

Als Arbeiter können wir dem Klagehieb des bürgerlichen Blattes nicht zustimmen. Allerdings wissen wir, daß die sogenannte Crème der Dresdner und Pirnaer Einwohnerschaft alles aufbietet, um die Steinbruchbetriebe in der sächsischen Schweiz zu unterbinden. Daß durch eine solche Maßregel etwa 2500 Steinarbeiter mit 6000 Familienangehörigen wirtschaftlich ruiniert werden sollen, ist der besseren Gesellschaft gleichgültig. Unsere Kollegen können ja verhungern. Die Hauptsache ist, daß dem klaferten „besseren“

Stadtvolk bei den Ausflügen ins Elbetal der Blick nicht verhandelt wird, wenn die Steinbrüche sichtbar werden. Ueberdies möchte man der dortigen Steinarbeiterschaft schon deswegen den Garaus machen, weil sie sozialdemokratisch gesinnt ist. Vor zehn Jahren war man stolz darauf, daß die Elbsandsteinindustrie so gut florierte, die ganze Bevölkerung von Pirna bis Schandau profitierte davon. Der Kunststein tauchte auf, der Muschelkalk wurde modern, das Dresdner Bauerbot kam, und für die Sandsteinindustrie des Elbetals traten schwere Zeiten ein. Die Jahresproduktion ging um Tausende von Kubikmetern zurück, und unsre Kameraden, die Abräumer, Brecher und Steinmetzen wurden wirtschaftlich enorm geschädigt. — Jetzt hat sich die Industrie wieder etwas gehoben, Arbeiter und Unternehmer hoffen, daß die Steigerung anhält, da kommen die sogenannten Naturfreunde und wollen der Steinindustrie Einhalt gebieten. Wir finden ein solches Vorgehen, das sogar von der sächsischen Regierung gebilligt wird, völlig unbegreiflich. Wo bleibt denn da die Mittelstandsrettung, die gerade jetzt so viel gepriesen wird? Die Regierung will ja selbst dazu beitragen, daß die Steinbruchbesitzer „abgewürgt“ werden.

Nach unsrer Meinung ist bisher die sächsische Schweiz durch die Steinbrüche nicht — verhandelt worden. Im Gegenteil, die „wahrhaften“ Naturfreunde bringen dem Aufschwung des Gebirges ein reges Interesse entgegen. Die Struktur des Gesteins, das Kennzeichnen des inneren Gebirgsstoffs kann nicht studiert und bewundert werden, wenn die Steinbruchbetriebe zum größten Teil eingestellt werden sollen. Eigentlich müßten die Steinbrüche selbst für die Ausflügler aus den Städten von hervorragendem Interesse sein. Aber wer sich bloß im trauten Tete a tete auf eckliche Stunden in der sächsischen Schweiz ergötzen will, dem sind allerdings die Steinbrüche ein Greuel.

Wenn hervorragende Steinpartien geschützt werden sollen, gut, da hat kein vernünftiger Mensch etwas dagegen. Solche Maßnahmen sind unsres Wissens ebenfalls getroffen worden in Flossenbürg (Oberpfalz), in Reichenbach (Hessen), wo das sogenannte große Felsenmeer geschützt wurde, desgleichen in Königswinter (Rheinland).

Aber die Bewegung der Naturfreunde in Dresden-Pirna geht viel weiter. Diese wollen erzwingen, aber besser gesagt „erwirken“, daß einige Steinbruchbetriebe ganz eingestellt werden sollen. Und das alles, weil die Städte die Bruchhalben und das abgefallene Trümmergestein nicht leiden können. Ist es denn nicht erhaben, mit ansehen zu können, wie die geschickte Hand der Brecher große Werkstücke vom Felsen loszubringen vermag, wie dann weiter der Steinmetz sozusagen seinem künstlerischen Berufe obliegt. Zehntausende von Jahren sind es wohl gebauert haben, bis sich der mächtige Gebirgsstock gebildet hat. Vor etwa 300 Jahren entdeckte man, daß sich der Elbsandstein gut zu Bauzwecken eigne, und jetzt kommt man und will einer kräftigen Industrie den Garaus machen. Die Elbsandsteinindustrie hat eine bemerkenswerte Geschichte hinter sich, wir kommen in Bälde in zwei Artikeln darauf zurück.

Wir hoffen, im Interesse der Pirna-Postaer Steinarbeiter, daß eine Einschränkung der Steinbruchbetriebe nicht stattfindet. Wie eifrig aber diese Angelegenheit betrieben wird, geht daraus hervor, daß im Dresdner Stadtparlament, sowie im sächsischen Dreiklassenhaus darüber schon wichtige Beratungen stattgefunden haben.

Den Tabak- und Zündholzarbeitern macht man mit Steuergesetzen das Leben sauer, den Steinarbeitern will man aus ästhetischen Gründen den Brotkorb höher hängen. Rette Ausflücht.

unserm Selbstverwaltungsrecht in den Krankenkassen rütteln lassen — verkündeten beide unter allgemeinem und lebhaftem Beifall der Versammlung. Andere Redner wandten sich gegen das Bestehenbleiben der Betriebskrankenkassen, gegen die Einführung der Landkrankenkassen; die Vertreter der Heimarbeiterrinnen, der Krankenpfleger usw. forderten größere Berücksichtigung ihrer Berufe durch die Reichsversicherungsordnung. Die einzelnen Wünsche wurden in die vom Referenten aufgestellten Zeitsätze hineingearbeitet, die dann in dieser Fassung einstimmige Annahme fanden.

Den letzten Punkt der Tagesordnung bildeten die Referate von Behrens und Giesberts über das Verhältnis der christlichen Gewerkschaften zu der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Was die beiden Redner sagten, ging nicht hinaus über den Rahmen dessen, was über diese Dinge hinlänglich bekannt ist. Einiges aus den Ausführungen von Giesberts mag wiedergegeben sein: „Auf der Züricher internationalen Konferenz christlicher Gewerkschaftsführer ist nichts anderes gesagt worden, als daß den katholischen Arbeitern die selbständige wirtschaftliche Betätigung, die andern Ständen zugestanden wird, ebenfalls zugesprochen ist. Nichts weiter ist gesagt worden und nichts kann uns ferner liegen, als gegen die kirchlichen Autoritäten, deren Aufgaben wir zu würdigen wissen, aggressiv vorzugehen. Die christlichen Gewerkschaften sind keine religiösen Vereine, sondern wirtschaftliche Organisationen, die ihre Aufgaben nach christlichen Grundsätzen erfüllen. Wir sind noch nicht so stark, daß wir unter allen Umständen davon sicher sind, von der Sozialdemokratie erdrückt zu werden. Wer unsere christliche Arbeiterbewegung zu schwächen versucht, arbeitet der Sozialdemokratie in die Hände. Hinter der katholischen Fachabteilungsbewegung stehen nicht nur antigewerkschaftliche, sondern auch politische, gegen eine gewisse Partei gerichtete Bestrebungen. In dieser Beziehung werden unsere katholischen Kollegen in der Zukunft noch manche Schwierigkeiten zu überwinden haben.“

Die Aussprache, an der sich auch Pfarrer Weber-M. Gladbach beteiligte, beschäftigte sich mit der Stellung der evangelischen Arbeitervereine zur christlichen Gewerkschaftsbewegung, auch die kirchlich-dunderschen Gewerkschaften wurden in die Debatte gezogen, ohne daß es zu einer Klärung über das Verhältnis der mangelhaften in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung vereinigten Organisationen kam. Am Mittwochabend wurde der Kongress nach dreitägiger Dauer, wovon der Dienstagmorgens eine Rheinreise gewidmet war, geschlossen. Die dem Kongress vorliegenden Anträge wurden sehr oberflächlich behandelt und die meisten unter stiller Heiterkeit der Delegierten dem Ausschuss „zur Ermäßigung“ überwiesen. Sehen wir von dem Referat und der Aussprache über die Reichsversicherungsordnung ab, so verlief der siebente Kongress der christlichen Gewerkschaften bedeutungslos. Hier und da wurden in der Jubiläumstimmung hohe Töne angeschlagen, aber wie wenig Grund zum Triumphieren vorliegt, zeigen die Worte des bedächtigen Herrn Giesberts, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung noch lange nicht der Gefahr entrückt sei, von der Sozialdemokratie erdrückt zu werden. Wir haben die Hoffnung, daß diese „Gefahr“ um so näher rückt, als die Herren Giesberts, Schiffer und Genossen sich bemühen, den christlichen Arbeitern nachzuweisen, wie unrichtig und unfähig es ist, einer Organisation anzugehören, deren Führer auf den Rücken der Arbeiter ins Parlament gelangen, um dort als Handlanger arbeitersindlicher Parteien die Interessen der Arbeiter zu verraten.

Arbeiter und Aerzte.

Der diesjährige Arztetag nahm einen außergewöhnlichen Verlauf insoweit, als die Reden, die zu der Frage, wie der ärztliche Dienst in den Krankenkassen geregelt werden soll, sich nicht mehr ausschließlich gegen die Arbeiter, sondern auch gegen die Regierungen, namentlich gegen das Reichsamt des Innern, richteten. Die Veranlassung zu diesem Frontwechsel der Ärzte ist der Entwurf zu einer Reichsversicherungsordnung, den das Reichsamt des Innern dem Bundesrat unterbreitet hat.

In dem Entwurf zeigt sich nämlich, daß es genau so gekommen ist, wie es seit jeher vorauszu sehen war. Diesen Kapitalisten war der blinde Eifer der Ärzte gegen die Arbeiter willkommen, weil damit Stimmung für die Entrenchung der Arbeiter in bezug auf die Verwaltung der Krankenkassen gemacht wurde; jedoch dachten sie niemals daran, die Krankenkassen als Versorgungsanstalten für die Aerzte, die eine bessere Versorgung nicht finden können, an die Ärzte zu übergeben. Deshalb bedenkten sich in dieser Frage durchaus nicht die Interessen der Ärzte mit den Interessen der Kapitalisten.

Auf unser politisches Leben üben aber die Kapitalisten einen größeren Einfluß aus als die Ärzte. Demgemäß ist der Entwurf der Reichsversicherungsordnung den Interessen der Kapitalisten und nicht den Forderungen der Ärzte angepaßt: Den Arbeitern soll das Selbstverwaltungsrecht in den Krankenkassen entzogen werden, aber ebenso sind gegen die Ärzte Zwangsmaßnahmen vorgeschlagen. Daher auf dem Arztetag das Gemurmel über das „Ausnahme- und Kampfgesetz gegen die Ärzte“.

Die Arbeiter müssen in dieser Frage stets ihr eigenes Interesse im Auge behalten. Sie dürfen sich auch nicht durch den jetzigen Streit der Ärzte mit den Kapitalisten irren lassen. Wenn sich jetzt die Ärzte über das „Ausnahme- und Kampfgesetz gegen die Ärzte“ beschwerten, so dürfen die Arbeiter nicht vergessen, daß die Ärzte ein Ausnahme- und Kampfgesetz gegen die Arbeiter gefordert haben. Auf der andern Seite wenden sich die Kapitalisten aber nur deshalb gegen die „Einseitigkeit und Kurzsichtigkeit“ der Ärzte, weil diese geeignet sind, die Kosten der Arbeiterversicherung zu erhöhen. Die Kosten der Arbeiterversicherung müssen aus dem Ertrage der gemeinsamen Arbeit gedeckt werden. Je größer die Kosten der Arbeiterversicherung sind, je größer daher auch der Anteil an dem Ertrage der gemeinsamen Arbeit ist, den die Arbeiterversicherung erfordert, desto geringer wird — bei sonst gleichen Umständen — der Uberschuß, der Profit der Unternehmer, das ist der Grund, weshalb die Kapitalisten alles tun, um die Kosten der Arbeiterversicherung möglichst niedrig zu halten.

Die Arbeiter müssen naturgemäß einen ganz andern Standpunkt einnehmen. So sehr auch ihnen daran liegt, wirklich unnötige Kosten zu vermeiden, müssen sie stets danach streben, daß den kranken Arbeitern eine möglichst gute ärztliche Behandlung zuteil wird. Dies ist aber nur dann zu erreichen, wenn in der Arbeiterversicherung der Dienst der Ärzte so angemessen geregelt und bezahlt wird, daß die Ärzte sich nicht mehr gehemmt durch ein Uebermaß an Arbeit oder durch materielle Sorgen, mit Lust und Liebe, mit der nötigen Gründlichkeit und Gewissenhaftigkeit ihrer schweren Aufgabe widmen können. Die höheren Kosten, die eine solche Regelung des ärztlichen Dienstes erfordert, lohnen sich reichlich. Je schneller die Arbeiter ihre Gesundheit wieder erlangen und je gründlicher die Arbeiter geheilt werden, desto besser ist es nicht nur für die Arbeiter selbst, sondern desto vorteilhafter ist es auch für die Arbeiterversicherung. Zwischen der Arbeiterversicherung, d. h. den Arbeitern als Interessenten an der Arbeiterversicherung, und den Ärzten besteht, wie bei jeder Gelegenheit betont werden muß, nicht der Klassengegensatz wie zwischen den Kapitalisten und den Arbeitern. Die Arbeiterversicherung soll keinen Uberschuß, keinen Unternehmerprofit aus der Arbeit der Ärzte ergeben, sondern sie soll den ärztlichen Dienst am zweckmäßigsten regeln. Zu einer solchen Regelung ist es unter dem geltenden Gesetze nicht gekommen. Deshalb müssen die Arbeiter sich bemühen, bei der bevorstehenden Reform der Arbeiterversicherung die gesetzlichen Bestimmungen so zu ändern, daß die sachgemäße Verständigung zwischen den Krankenkassen usw. und den Ärzten möglich wird.

Dabei müssen die Arbeiter die Erfahrung berücksichtigen, daß je nach den besonderen Verhältnissen in den einzelnen Krankenkassen und in den Berufsgenossenschaften die Regelung des ärztlichen Dienstes verschieden sein muß, und daß nur dank dieser Verschiedenheit das Bessere aus dem Guten erkannt werden kann. Aus diesen Gründen müssen die Arbeiter daran festhalten, daß für die Regelung des ärztlichen Dienstes in der Arbeiterversicherung auch das neue Gesetz keine ein für allemal gültige Form festlegen darf, daß vielmehr unter allen Umständen der nötige Spielraum für die Verständigung je nach den gegebenen Verhältnissen bleiben muß. In diesem Punkte müssen die Arbeiter dem Entwurf der Reichsversicherungsordnung grundsätzlich zustimmen.

Dagegen müssen wir der Annahme, die den weiteren Bestimmungen des Entwurfs über die Regelung des ärztlichen Dienstes zugrunde liegen, widersprechen, daß nämlich die höhere Weisheit der Bürokratie imstande ist, die Differenzen zwischen den Krankenkassen und den Ärzten in befriedigendem Maße zu beseitigen. Bisher ist das Verhältnis der Krankenkassen zu den Ärzten noch stets durch die Einmischung der Bürokratie verschlechtert worden. Daran ändern auch die Zwangsmaßnahmen, die der Entwurf sowohl gegen die Krankenkassen als auch gegen die Ärzte vorschlägt, gar nichts. Hier darf nicht der äußere Zwang, sondern muß die friedliche Vereinbarung das letzte Wort haben. Demgemäß müssen auch die Arbeiter die Opposition der Ärzte gegen die vorgeschlagenen Zwangsmaßnahmen unterstützen. Sie werden aber eine Änderung des Entwurfs in diesem Punkte nicht nur zugunsten der Ärzte, sondern ebenso auch zugunsten der Krankenkassen fordern.

Dazu gehört ganz besonders, daß die Krankenkassen von der Verpflichtung, ihren Mitgliedern einen Arzt zu stellen, in solchen Fällen entbunden werden, in denen sie dieser Pflicht nicht nachkommen können, wenn sie sich nicht den Befehlen der Ärzteorganisationen blindlings unterwerfen wollen. Im Entwurf ist diese Befreiung der Krankenkassen zwar auch in Aussicht genommen, jedoch wiederum von der höheren Einsicht der Bürokratie abhängig gemacht. Das genügt nicht. Eine derartige Maßnahme muß vielmehr einzig und allein dem Ermessen der Kassamitglieder selbst überlassen sein. Wenn das der Fall ist, werden auch die Ärzte damit rechnen und ihre Forderung so einrichten, daß eine Verständigung mit den Krankenkassen eher möglich ist.

So gehen die Arbeiter auch in der Ärztefrage ihren eigenen Weg, der ihnen durch die Rücksicht auf eine möglichst gute Krankenfürsorge vorgeschrieben ist. Er führt sie zu der Erkenntnis, daß auch hier das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter die Voraussetzung für jede wirkliche Verbesserung ist.

Nach zehn Jahren.

Ende Juli waren es 10 Jahre, daß der Streik in Bunzlau-Warthau-Breslau größere Dimensionen annahm. Die Berliner Kollegen erklärten, zugunsten der Warthauer die Arbeit niederzulegen. Am 20. Juli 1899 fand in Berlin eine öffentliche Steinmetzerversammlung statt, in welcher Kollege A. aus Bunzlau die Ursachen darlegte, aus welchem Grunde im schlesischen Distrikt die Arbeit niedergelegt sei. Die Unternehmer resp. ihre Vertreter hatten es mit der Zeit „verlernt“, die Arbeit nach dem bestehenden Akkordtarif zu bezahlen. Aber damit ließen sich unsere Kollegen nicht abpeifen, durch die Verhandlungen kam eine Einigung nicht zustande und so wurde in Berlin der Innungsgesellschaftsausschuss beauftragt, mit der Innung eine Sitzung anzuberaumen, um die streitigen Punkte im Warthauer Bezirk zu regeln. Die betreffende Sitzung fand auch am nächsten Abend statt, die Unternehmer stellten sich, was ja selbstverständlich ist, als unschuldige Lämmer hin, versprachen aber, sofort nach Bunzlau zu reisen, um die Differenzen zu regeln.

Statt nun, am nächsten Tage nach Bunzlau abzubringen, hörte man ihre hohen Stimmen noch auf den Werkplätzen erklingen, so daß der Innungsausschuss sich nochmals ins Mittel legte. Die Berliner hatten es aber nicht so eilig, dachten sie doch, die Berliner Steinmetzen würden keinen Ernst aus der Sache machen.

Am 23. Juli sollte die entscheidende Versammlung stattfinden. Der Gesellensauschuss berichtete über die stattgefundene Sitzung mit der Innung. Da aber noch keine Nachricht aus Schlessien eingetroffen war, so wurde einstimmig beschloffen, daß sich am Montag früh alle Kollegen nach den Werkplätzen zu bemühen haben. Ist auch bis dahin noch keine Nachricht eingetroffen, so haben alle Kollegen die Arbeit zu verlassen, bis eine Einigung in Schlessien erzielt ist.

Geschloffen marschierten die Kollegen aus den Schwindmühlstationen bei Niggel, Meying, Kämpfer und Wöger heraus, bis auf einige Ausnahmen bei Holzmann, Zeidler und Wimmel. Rund 400 Mann erklärten sich mit ihren Kollegen in Schlessien solidarisch. Dieses Resultat hatten natürlich die Berliner Steinmetzen nicht erwartet, man glaubte, es sei bloß ein Schreckschuß. Aber welche große Täuschung! Die Schwindmühlstationen lagen öde und verlassen da, die Knüppel lagen ruhig in den Kästen. — Dieses war den Innungsmitgliedern so in die Glieder gefahren, daß sie in ihrer Innungssitzung beschloffen, auf die Forderungen der Arbeiter überhaupt nicht zu antworten.

Aber der Beschluß kam den Herren teuer zu stehen! Man glaubte wohl Arbeitswillige in genügender Zahl heranzuschaffen, die Herren dachten, es geht wie 1899, wo Arbeitswillige noch lowryweise herangeschafft wurden.

Zugleich beschloffen nun die Berliner Kollegen, ihre alte Forderung, Einführung des allgemeinen Tagelohnes, von neuem zu stellen.

Da die Unternehmer nach einigen Wochen doch einsahen, daß sie sich gewaltig getäuscht hatten, ließen sie sich auf Anregung des Berliner Gewerbevereins herbei, mit den Arbeitnehmern vor dem Einigungsamt in Unterhandlung einzutreten. Zugleich sollten die strittigen Punkte, die zur Arbeitsniederlegung in Warthau führten, mit geregelt werden. Es waren auch zwei Kollegen aus Schlessien als Vertreter hierzu bestimmt. Seit der Arbeitsniederlegung in Berlin verhandelten die Unternehmer mit den Kollegen in Schlessien überhaupt nicht mehr, sie hatten den Schwerpunkt nach Berlin verlegt. Inzwischen waren die Streikenden in Berlin auf 200 zusammengeschmolzen, da mehrere Unternehmer unsere Forderungen bewilligt hatten.

Am 31. August sollte vor dem Berliner Einigungsamt eine Vorbesprechung der Unternehmer mit den Berliner Kollegen stattfinden. Seitens der Innung waren die Herren Dittmer, Schilling und Hesse erschienen, seitens der Arbeiter der Gesellensauschuss. Aber aus der Vorbesprechung wurde eine Verhandlung, in die wir ohne die schlesischen Kollegen absolut nicht eintreten wollten. Vor dem Einigungsamt bewilligte die Innung den Berliner Steinmetzen die achtstündige Arbeitszeit und 5 Pfg. Lohnzuschlag pro Stunde. Die Einführung des allgemeinen Tagelohnes lehnte die Innung ab, die Erhöhung des Akkordtarifes sollte zwischen Innung und Gesellensauschuss binnen 14 Tagen geregelt werden. Die Kollegen in Schlessien sollten gleich 0,000 erhalten. Unter diesen Umständen konnten die Berliner Kollegen, ohne sich mit den schlesischen zu verständigen, diesen Vorstoß nicht annehmen. Nach 14 Tagen kam eine Verständigung zustande.

Nun kam es aber in Pirna zu Differenzen. Bei einem Meister machten die Kollegen Feiernabend, und sofort sagten die Herren vom Steinmetzmeisterverband, das sei eine „geheime“ Sperre.

Von jetzt aber entbrannte der Kampf in voller Schärfe. Der Verband deutscher Steinmetzgeschäfte hielt unverzüglich in Dresden seine Generalversammlung ab, um den stark bedrängten Großunternehmern unter die Arme zu greifen. Es wurde be-

schloffen, sämtliche in Dresden und Pirna beschäftigten Steinmetzmeister auf die Straße zu werfen. Dem Vertrauensmann der Steinmetzmeister in Pirna ließ man ganz plötzlich und unvermittelt folgenden Beschluß zugehen:

„Die Gesellen „haben“ bis nächsten Mittwoch früh die Arbeit wieder aufzunehmen (!!), andernfalls in ganzen Bezirk vom 6. September ab keine neue Arbeit mehr herausgegeben wird.“

Hier kann man wohl ruhig sagen, Gut ab vor so einem Kasernenhofbefehl. Die Vertrauensmänner haben doch nicht zu bestimmen, wo ein Kollege arbeiten soll, so weit geht nun die Autorität nicht. Die Gesellen „haben“ die Arbeit wieder aufzunehmen, diesen Kommandoton konnten unsere Kameraden nun nicht verstehen. Wenn ein Schreiben in diesem Stil von den Arbeitnehmern an die Unternehmer gerichtet würde, welches Geheule würde da von der gesamten Schmarbenerpresse wohl angestimmt werden! Anmaßende Freiheit usw.

Aber nicht genug damit. Im Bunzlauer Bezirk schaffte ein Teil der Kollegen bei den Gutsbesitzern als landwirtschaftliche Arbeiter. Dieses hatte den Zorn der Unternehmer aufs höchste entfacht. Sie wandten sich an den Landrat des Kreises Bunzlau, damit er veranlassen sollte, daß die Streikenden von den Gutsbesitzern entlassen würden. Der Landrat aber erwiderte den Unternehmern, daß die Beschäftigung streikender Steinmetzen im Landwirtschaftsbetriebe keine Ungesetzlichkeit darstellt. Die Unternehmer hatten sich auf § 125 der Reichsgewerbeordnung berufen. Also auch hier war ihnen das Glück nicht hold. In Berlin brillierte die Firma Wimmel mit einer schwarzen Liste von 90 Kollegen, welche die Arbeit niedergelegt hatten. Aber auch dieses nutzte den Unternehmern nichts, nicht ein einziger ist während der 13 Wochen mankeltüchtig geworden.

Eine geradezu jammervolle Rolle spielten die „Herren“ Techniker in diesem Kampfe zwischen Arbeit und Kapital. Entweder murksten sie Werkstücke zurecht, oder sie ließen sich als Verleger am Bau gebrauchen. Wurde doch einigen ein neuer Anzug versprochen. Nach ihrer Bezahlungsweise, ihrem Dienstaufwand usw. sind sie schlimmer daran, als der eigentliche Steinmetz. Zum Proletariat fehlte ihnen das Klassenbewußtsein. Diese Herren schreden nicht davor zurück, sich mit dem Schmutz der Streikarbeit zu besudeln. Oder aber waren sie zu feige, diese zu verweigern.

Nicht viel besser ging es einigen der „Herren“ Poliere; auch sie taten ihr Möglichstes, den Streikenden in den Rücken zu fallen, um sich so als Mädchen für alles gebrauchen zu lassen. So manchem trat die Schamröte ins Gesicht, sobald er einen Streikenden erblickte. Das schlechte Gewissen peinigte ihn.

Nach einigen Wochen hielt der Verband deutscher Steinmetzgeschäfte noch eine Generalversammlung in Leipzig ab. Man trug sich mit dem Gedanken, die Steinmetzmeister in Leipzig, Erfurt usw. ebenfalls noch auszusperren, um so die ganze Kolonne müde zu machen. Aber dieses war leichter gedacht, als getan. Die betreffenden Unternehmer konnten doch nicht begreifen, warum sie ihre Arbeiter eigentlich aussperren sollten.

Die Verhandlungen waren in Berlin unterdessen so weit vorgeschritten, daß die Innung für den Akkordtarif 20 Proz. auf alle Flächen als Zuschlag bewilligte. Auch in Dresden und Pirna war unterdessen der Tarif auf zwei weitere Jahre abgeschlossen, bloß Schlessien sollte leer ausgehen. Durch weitere Verhandlungen, welche sich noch 14 Tage hinzogen, wurde auch für diese Kollegen noch eine Erhöhung von 10 Proz. auf den gesamten Tarif erreicht. So endete der größte Kampf, den der Verband der Steinmetzmeister bis jetzt geführt hat. Circa 2000 Kollegen waren daran beteiligt.

Der Kampf kostete 166 000 M. Die Streikunterstützung wurde immer pünktlich ausgezahlt, der Verband bestand diesen eminenten Kampf geradezu glänzend. Auf der ganzen Linie wurde eine ansehnliche Lohnerhöhung errungen; die But der Unternehmer wurde gehörig gequält. — Die ganze deutsche Arbeiterbewegung war darüber sehr erfreut, daß die Steinmetzmeister so gut geschlagen hatten. Die Steinmetzmeister haben beträchtlich die Köpfe gehoben, sie hatten zu große finanzielle Opfer bringen müssen. Die Unternehmer konnten es billiger haben, aber sie wollten eben nicht verhandeln. — Jetzt weht allerdings ein anderer Wind, wie das die heutige Generalversammlung in Frankfurt a. M. bewiesen hat.

Die Vermögensbestände in der Arbeiterversicherung.

Nach den Bestimmungen der Arbeiterversicherungsgesetze muß jeder der Versicherungsträger einen Reservefonds haben, welcher für den Fall außerordentlicher Inanspruchnahme der Unterstützungsleistungen zur Deckung der notwendigen Aufwendungen heranzuziehen ist. Infolge dieser vorgeschriebenen Ansammlung von Vermögensbeständen werden in der sozialen Versicherung ziemlich hohe Kapitalien aufgebaut. Am Schluß des Jahres 1907 (neuere Angaben liegen noch nicht vor) hatten Gesamtvermögen:

die auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes errichteten Krankenkassen	244 957 396 M.
die eingeschriebenen Hilfskassen, welche nicht als Ersatzkassen gelten	84 135 544 „
die Versicherungsanstalten und Kassen Einrichtungen in der Invalidenversicherung	1 404 067 649 „
die Berufsgenossenschaften u. sonstigen Versicherungsträger in d. Unfallversicherung	291 900 033 „
Das ist ein Vermögen von	1 949 338 622 M.
oder fast zwei Milliarden!	

In der Krankenversicherung kam 1907 auf ein Mitglied durchschnittlich 20,18 M. Vermögen. Am reichsten waren die Betriebskrankenkassen, bei denen auf ein Mitglied 32,87 M. Vermögen entfiel; es folgen die eingeschriebenen Hilfskassen mit 20,95 M., Ortskrankenkassen mit 18,22 M., Innungskrankenkassen mit 17,53 M., Baukrankenkassen mit 11,31 M. und zuletzt die Gemeindefrankenkassen mit 1,79 M. Bei der Gesamtheit der Kassen stieg das Vermögen im Jahre 1907 gegenüber dem Jahre 1906 um 54 Pfg. pro Mitglied. Bei den Hilfskassen, welche dem § 75 des Krankenversicherungsgesetzes nicht entsprechen, also nicht als Ersatzkassen gelten, entfiel auf das Mitglied durchschnittlich 21,20 M. Vermögen.

Am größten ist die Vermögensanhäufung in der Invalidenversicherung. Das hat seinen Grund darin, daß bei diesem Versicherungszweig — im Gegensatz zu den andern Versicherungsarten — das „Kapitalbedarfsverfahren“ eingeführt ist. Dasselbe besteht darin, daß die Beiträge so hoch bemessen sind, daß die vorhandenen Mittel durch Ueberschüsse (Kapitalien) „gedeckt“ werden. Da die Zahl der Versicherten in der Invalidenversicherung im Jahre 1907 rund 14 115 000 betrug, ergibt sich, daß auf jeden Versicherten ein Vermögen von rund 100 M. entfiel.

In der Unfallversicherung besteht das „Umlageverfahren“. Bei demselben werden die Unkosten, welche die Berufsgenossenschaften in einem Jahre gehabt haben, im folgenden Jahre durch so hohe Beiträge aufgebracht, daß sie gedeckt werden. Trotzdem haben die Berufsgenossenschaften noch einen Reservefonds nach den näheren Bestimmungen des § 34 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes anzusammeln. Bei der Gesamtheit der Versicherungsträger in der Unfallversicherung kommt auf einen Versicherten durchschnittlich ein Vermögen die Summe von 20 M. Auf einen Versicherten, der allen drei Zweigen der Arbeiterversicherung angehört, entfällt demnach ein Vermögen von circa 140 M. durchschnittlich.

Das Vermögen sämtlicher Versicherungsträger ist vorwiegend in Wertpapieren angelegt.